

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 24

Erscheinungstag: 3 wöchentlich vierteljährlich
1,50 M. eine Polsterkabinett. Nur Postbezug.
Verkauf bei allen Postämtern. Geschäftsstelle
Berlin O. 2, Breitestr. 69 IV. Verleger: Zentrum 272

Berlin, den 11. Juni 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonnenzeile 3 Mark;
für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote
2 Mark; Besammlungsanzeigen usw. 1 Mark.
Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

38. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbands- vorstandes.

1. Wahl zum Verbandsbeirat. Die Wahl der Delegierten und der Ersahmänner hat in allen Gauen und Zahlstellen am Freitag, den 21. Sonnabend, den 22. oder Sonntag, den 23. Juli, stattzufinden. Die Gau- und Ortsverwaltungen haben unter diesen drei Tagen den für ihren Bezirk geeignetsten auszuwählen und darf die Wahl in der betreffenden Zahlstelle bzw. von den Einzelmitgliedern des Gaus nur an dem einen so bestimmten Tage vorgenommen werden. Den Zahlstellen bleibt es überlassen, zu bestimmen, ob die Wahl in zu diesem Zwecke einberufenen Wahlversammlungen oder durch Urwahl erfolgen soll. Auf alle Fälle muß die Wahl mittels Stimmzettel vorgenommen werden. Dabei sind die im Wahlreglement enthaltenen Bestimmungen zu beachten. Das Wahlreglement ist im Anhang zum Statut abgedruckt.

Nach den neuen Bestimmungen des Verbandsstatutes ist auf je 4000 Mitglieder ein Delegierter und ein Ersahmann in den Beirat zu wählen.

Die Einteilung der Wahlbezirke haben wir in nachstehender Weise vorgenommen. Bei jedem Bezirk ist die Zahl der zu wählenden Delegierten und Ersahmänner angegeben. Die Vororte sind an die Spitze des jeweiligen Wahlbezirks gesetzt und im Druck hervorgehoben. Im 9. Wahlbezirk, in dem der Gau (Gaubureau) als Vorort bestimmt ist, hat die Gauverwaltung die Wahlleitung zu übernehmen.

1. Bezirk: 4 Delegierte und 4 Ersahmänner.
Berlin.

2. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Breslau, Briesgauer, Frankfurt an der Oder, Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Götberg, Guben, Hirschberg, Kottbus, Luban, Liegnitz, Neusalz, Ratibor, Sorau, Spremberg, Striegau. Gau Schlesien Einzelmitglieder.

3. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Hamburg-Altona, Bremen, Flensburg, Kiel, Leer i. Ostf., Lübeck, Oldenburg, Rostock, Rostocker-Wilhelmshaven, Schwerin, Wismar. Gau Hanse Einzelmitglieder.

4. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Magdeburg, Albersleben, Bernau, Bernburg, Brandenburg, Burg, Danzig, Dessau, Halberstadt, Königsberg i. Pr., Köslin, Lützenwalde, Neudamm, Neuruppin, Osterwieck (Harz), Potsdam-Romowes, Queblinburg, Rathenow, Stettin, Tilsit, Torgau, Wittenberg. Gau Magdeburg Einzelmitglieder, Gau Nordosten Einzelmitglieder.

5. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Hannover, Bielefeld, Braunschweig, Detmold, Göttingen, Hildesheim, Minden. Gau Hannover Einzelmitglieder.

6. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Barmen-Eibfeld, Bochum, Bünde, Dortmund, Dülmen, Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort, Essen, Gelsenkirchen, Gummersbach, Randerath, Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid, Mülheim, Münster, Reheim, Ohligs, Osnabrück, Remscheid, Solingen-Wald, Wesel. Gau Rheinland-Westfalen Einzelmitglieder.

7. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Köln a. Rh., Aachen, Bonn, Cleve, Düren, Gräfenberg, Kaiserlautern, Kandel, Kirchheimbolanden, Koblenz, Krefeld, Mainz, M.-Gladbach, Neustadt a. d. Haardt, Neuwied, Saarbrücken, Saarlouis, Trier, Biersen, Wiesbaden, Wiesdorf, Worms. Gau Rheinland links des Rheins Einzelmitglieder.

8. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Eberstadt, Fulda, Gießen-Wehlar, Hanau, Heideberg, Kassel, Limburg, Mannheim-Ludwigshafen, Marburg, Wanfried. Gau Hessen und Pfalz Einzelmitglieder.

9. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Gau Thüringen (Gaubureau) Einzelmitglieder, Altenburg, Arnstadt, Eisenach, Eisenberg, Erfurt, Gehren, Gera, Götting, Gotha, Gräfenthal, Greiz, Halle, Ammenau, Jena, Koburg, Langensalza, Merseburg, Mühlhausen, Nordhausen, Rauenstein, Roda, Rudolstadt, Ruhla, Saalfeld, Schleiz, Schmalkalden, Schmöln, Sonneberg, Weimar, Weisenfels, Zeitz.

10. Bezirk: 2 Delegierte und 2 Ersahmänner.
Leipzig.

11. Bezirk: 2 Delegierte und 2 Ersahmänner.
Dresden, Großenhain, Meissen.

12. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Annaberg-Buchholz, Aue, Crimmitschau, Ebersbach-Neugersdorf, Glauchau, Oberwiesenthal, Plauen, Raschau, Reichenau, Reichenbach, Sebnitz, Seiffenensdorf, Werdeau, Zittau, Zwickau.

13. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Chemnitz, Brandis, Burgstädt, Freiberg, Grimma, Hainichen, Limbach, Rerchau, Wurzen. Gau Sachsen Einzelmitglieder.

14. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Stuttgart, Boll, Gmünd-Lorch, Göppingen, Kirchheim u. Teck, Ludwigsburg, Gau Württemberg und Baden Einzelmitglieder.

15. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Vahr, Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Pforzheim.

16. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
Nürnberg-Fürth, Ansbach, Bayreuth, Emskirchen, Erlangen, Regensburg, Schweinfurt, Würzburg, Gau Nordbayern Einzelmitglieder.

17. Bezirk: 1 Delegierter und 1 Ersahmann.
München, Augsburg, Kaufbeuren, Konstanz, Reutlingen, Trossingen, Ulm, Gau Südbayern Einzelmitglieder.

Die Mitglieder der einzelnen Bezirke haben nun in geeigneter Weise Vorschläge für den oder die zu wählenden Delegierten und Ersahmänner zu machen und diese Vorschläge bis spätestens Freitag, den 30. Juni, an den Bevollmächtigten des Vorortes gelangen zu lassen. Unabhängig von den aus den Versammlungen der Zahlstellen hervorgehenden offiziellen Wahlvorschlägen steht auch jedem einzelnen Mitgliede das Recht zu, bis zum oben angegebenen Termin Vorschläge zu machen.

Die Bevollmächtigten der Vororte haben die ihnen unterbreiteten Vorschläge am Sonnabend, den 1. Juli, zusammenzustellen und noch am

gleichen Tage an die Bevollmächtigten der Zahlstellen und Gaus weiterzugeben. Diese sind gehalten, sofort nach Empfang der Wahlvorschläge die Namen sämtlicher bis zum Endtermin vorgeschlagenen Kandidaten zu vervielfältigen und den Mitgliedern in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen. Diese Vervielfältigung hat derart zu erfolgen, daß die Vorschlagszettel dem Wahlreglement entsprechen und als Stimmzettel benutzt werden können. Zugleich mit der Bekanntgabe der Wahlvorschläge haben die Verwaltungen der Zahlstellen und Gaus anzugeben, an welchem Tage und in welchen Lokalen die Wahlhandlung selbst vollzogen wird.

Eine Wahl braucht nicht vorgenommen zu werden, wenn in den Bezirken nicht mehr Kandidaten zur Wahl stehen als Delegierte und Ersahmänner zu wählen sind. In diesem Falle gelten die vorgeschlagenen ohne weiteres als gewählt.

In den Bezirken 1, 10 und 11, die mehr als einen Delegierten und Ersahmann zu wählen haben, hat die Wahl auf Grund der Verhältniswahl nach gebundenen Listen zu erfolgen.

In diesen Bezirken ist jeder Wahlvorschlag auf besonderer Liste einzureichen. Die Wahlvorschläge unterzeichnet sein und dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Delegierte und Ersahmänner im Bezirk zu wählen sind. Der Name jedes Kandidaten darf nur auf einer Liste stehen. Es muß erkennlich sein, ob er als Delegierter oder Ersahmann gewählt werden soll. Liegt in diesen Bezirken jedoch nur eine Liste vor, die mehr Vorschläge enthält, als Delegierte und Ersahmänner zu wählen sind, dann kann nach dem Mehrheitsprinzip gewählt werden.

Die Wahl der Delegierten und Ersahmänner erfolgt entweder am Freitag, den 21. Sonnabend, den 22. oder Sonntag, den 23. Juli, also nur an einem dieser Tage, in den von den Ortsverwaltungen hierfür bestimmten Lokalen und kann nur von den dort persönlich erschienenen Mitgliedern ausgeübt werden.

Die Einzelmitglieder der Gaus haben ihre Stimmzettel in einem mit dem Worte „Wahl“ versehenen geschlossenen Kuvert so frühzeitig an den Gau Bevollmächtigten, an den sie ihre Beiträge entrichten, abzugeben, daß dieser spätestens am 23. Juli in deren Besitz kommt. Derselbe ist verpflichtet, diese geschlossenen Kuverts noch am gleichen Tage an die Wahlkommission zu übergeben bzw. an den Bevollmächtigten des Bezirksvorortes abzugeben.

In den Zahlstellen sind die Resultate der Wahl von den nach Ziffer 15a des Wahlreglements ernannten Wahlkommissionen sofort nach beendeter Wahlhandlung, spätestens aber am Sonntag, den 23. Juli, nachmittags, zusammenzustellen. Das Wahlergebnis ist unter Beifügung der abgegebenen Stimmzettel sofort dem Bevollmächtigten des Vorortes zu übermitteln oder an diesen abzugeben.

Der Bevollmächtigte des Bezirksvorortes hat die eingegangenen Wahlergebnisse sofort zusammenzustellen und das Ergebnis bis spätestens Mittwoch, den 26. Juli, mit der Unterschrift von mindestens zwei Kontrollleuten versehen, an den Verbandsvorstand einzusenden. Die Stimmzettel sind am Vorort sorgfältig aufzubewahren. Als Kontrollleute sind die örtlichen Revisoren zu bestimmen.

Dort, wo der Gauvorstand als Wahlleiter bestimmt ist, ist dieser durch Mitglieder der örtlichen

Verwaltung auf die für die Wahlkommission vorgesehene Zahl von fünf Mitgliedern zu ergänzen.

Für die korrekte Durchführung der Wahlen sind die örtlichen Bevollmächtigten, die Gaubevollmächtigten und die ernannten Wahlkommissionen verantwortlich; für die Richtigkeit des uns zu übermittelnden Wahlergebnisses sind die Kontrolleure verantwortlich.

Sodern der örtliche Bevollmächtigte, der Gaubevollmächtigte oder einer der Revisoren als Kandidat zur Wahl steht, ist die denselben überwiesene Tätigkeit bei der Wahlhandlung einem Stellvertreter zu übertragen.

Um als gewählt zu gelten, genügt einfache Stimmenmehrheit in den Bezirken, wo nur ein Delegierter und ein Erfahrmann zu wählen ist. Dasselbe trifft auch für die Bezirke zu, in denen nach dem Mehrheitsprinzip gewählt worden ist. In den Bezirken, in denen auf Grund der Verhältniswahl nach gebundenen Listen gewählt worden ist, erfolgt die Zuteilung der Mandate, indem die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Stimmenzahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 geteilt werden, bis von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgesondert werden können, als Delegierte und Erfahrmänner zu wählen sind. Ein Beispiel über die Verteilung der Delegierten und Erfahrmänner auf die einzelnen Listen ist in Nr. 10 der „Buchbinder-Zeitung“ gegeben.

Etwaige sich notwendig machende Stichwahlen sind von den Bevollmächtigten des Bezirkes sofort nach Feststellung des Wahlergebnisses mit möglichst kurzem Termin anzuordnen. Dem Verbandsvorstand ist über die getroffenen Anordnungen Bericht zu erstatten.

Etwaige Einsprüche gegen die Wahl sind dem Verbandsvorstand bis spätestens Sonnabend, den 29. Juli, zu übermitteln.

2. Wahl des Angestellten für den Gau Hanja. In Verfolg unserer Ausfertigung in Nr. 10 der „Buchbinder-Zeitung“ teilen wir mit, daß als Angestellter für den Gau Hanja der Kollege

Karl Thierbach in Hamburg

durch Verbandsvorstand und -auschuß gewählt worden ist.

Kollege Thierbach hat sein Amt bereits angetreten.

Den übrigen Bewerbern danken wir für ihre Bewerbungen und bitten sie, diese hierdurch als erledigt zu betrachten.

3. Anstellung eines weiteren Beamten in Dresden. Für die Zahlstelle Dresden ist die Anstellung eines weiteren Beamten notwendig geworden, der außer im Bureau der Zahlstelle auch im Außendienst und in der Agitation tätig sein muß. Die Anstellung erfolgt zu den üblichen Bedingungen.

Bewerber, die mindestens fünf Jahre gewerkschaftlich organisiert und mit allen Einrichtungen der Organisation vertraut sein müssen, wollen selbstgeschriebene Bewerbungen und kurze Angaben über ihren Lebenslauf und über ihre bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit in je 3 Exemplaren spätestens bis zum 21. Juni an den Verbandsvorstand (Berlin C. 2, Breite Str. 8/9, einsenden.

Die Wahl erfolgt durch die Mitglieder in Dresden. Der Antritt der Stellung muß möglichst bald erfolgen.

4. Der 5. Nachtrag zum Reichstarif für das Buchbindergewerbe, der das vom 1. Juni ab geltende neue Lohnabkommen enthält, ist im Druck erschienen und durch alle Gaus und Ortsverwaltungen zu beziehen. Der Tarifnachtrag kostet pro Stück 1,50 Mk.

Wir bitten die Gaus und Ortsverwaltungen, für möglichst weitgehenden Vertrieb der Tarifnachträge besorgt zu sein und die benötigte Anzahl davon bei uns abzufordern.

5. Das Adressenverzeichnis für unseren Verband ist wieder wie vor dem Kriege als besonderes Heft gedruckt worden. Allen Gau- und Ortsverwaltungen sind einige Exemplare des Verzeichnisses zugesandt worden. Einige weitere Exemplare stehen auf Anforderung unentgeltlich zur Verfügung.

6. Fragebogen über Lehrlingswesen. Der mit unserem Rundschreiben 323a versandte Fragebogen für Betriebe mit Lehrlingen ist von einer ganzen Reihe von Zahlstellen noch nicht zurückgeliefert worden. Wir ersuchen alle Gau- und Ortsverwaltungen nochmals, für die restlose Erfassung aller in Frage kommenden Betriebe sowie für genaue Beantwortung der Fragen besorgt zu sein und sich

um die beschleunigte Ablieferung der Fragebogen zu bemühen.

7. Die Sozialbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

	Beitragsklasse				
	1	2	3	4	5
	M.	M.	M.	M.	M.
Münster i. W.	—	—	50	100	100
Spremberg	100	100	100	200	200
Weißenfels	50	50	50	100	100

8. Öffentliche Rüge. Die Kollegen August Stücken und Andreas Vogt haben im Jahre 1918 durch unrichtige Angaben über ihre Einberufung zum Militär und über die Dauer ihrer Dienstzeit die Wiederherstellung ihrer nach dem Statut erloschenen Mitgliedschaft herbeigeführt, und der damalige Kassierer der Heibelberger Zahlstelle, Kollege Hermann Furch, hat dabei hilfreiche Hand geleistet. Nachdem diese Handlungen jetzt zu unserer Kenntnis gekommen sind, sehen wir uns im Einvernehmen mit dem Verbandsauschuß genötigt, den genannten Kollegen hiermit eine öffentliche Rüge auszusprechen.

9. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts wurde in Mannheim der Buchbinder Oskar Schäfer (B.-Nr. 218 008).

Der Verbandsvorstand.

Die Allgemeinverbindlichkeits-erklärung des Reichstarifs für das Buchbindergewerbe abgelehnt!

Das Reichsarbeitsministerium scheint seit längerer Zeit sich eifrig zu bemühen, seine Weltfremdheit in Arbeiterfragen möglichst oft und auffallend zu dokumentieren. So haben seine Schiedsprüche schon oft in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft Anstoß erregt, so daß man immer häufiger Bedenken trägt, das Reichsarbeitsministerium überhaupt noch in strittigen Fällen anzurufen.

Einer ähnlichen Praxis scheint man sich nunmehr auch bei der dem Reichsarbeitsministerium obliegenden Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen zu befleißigen. Man läßt sich dabei anscheinend weniger von großen allgemeinen Gesichtspunkten leiten, sondern schautet hin und her, je nachdem die Beifiger dies wünschen.

So ist beispielsweise die von uns unter dem 20. Januar 1922 beantragte Verbindlichkeitsklärung des Reichstarifs für das Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige durch folgendes Schreiben des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt worden:

Der Reichsarbeitsminister.
IV D 3158/60
Berlin NW. 40, den 19. Mai 1922.
Betreff: Reichstarifvertrag für das deutsche Buchbindergewerbe.

Die Ermittlungen haben ergeben, daß dem Tarifverträge nebst Nachtrag und Zusatzverträgen zurzeit noch keine überwiegende Bedeutung für den Berufskreis im Tarifgebiet beigemessen werden kann. Eine Anzahl von Berufszweigen, handwerksmäßige Betriebe und größere Teile des Tarifgebietes müßten zudem nach der jetzigen Lage der Verhältnisse von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen werden. Zum Teil sind außerdem die Arbeitsverhältnisse bereits durch besondere Tarifverträge geregelt.

Unter diesen Umständen bin ich zurzeit nicht in der Lage, die beantragte Allgemeinverbindlichkeit auszusprechen.

Im übrigen sind die Urchriften oder amtlich beglaubigten Abschriften der tariflichen Vereinbarungen gemäß § 3, Abs. 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) bisher nicht eingereicht worden.

Die Behauptung in dem Schreiben, daß dem Tarifverträge noch keine überwiegende Bedeutung für unsern gesamten Berufskreis auszuweisen hat, wird wohl bei unsern gesamten Berufsangehörigen ebenso wie bei uns nur ein Staunen und schallendes Gelächter erzeugen und darum nicht ernst genommen werden. Man hat es wohlweislich unterlassen, diese Behauptung zahlenmäßig zu belegen, da sonst der gegenteilige Nachweis zu deutlich erbracht worden wäre. Denn wenn nur etwa 5 Proz. der Berufsangehörigen nicht unter den Reichstarif fallen und nur rund 1500 Branchenangehörige nach anderen Tarifen entlohnt werden, so kann das Reichsarbeitsministerium im Ernst nicht behaupten, daß dem Reichstarif keine überwiegende Bedeutung für den Berufskreis im Tarifgebiet beigemessen werden kann.

Es scheint aber, als ob ein schlechter Arbeiter, der aus persönlichen und geschäftlichen Gründen Gegner der Verbindlichkeitsklärung ist, mehr Bedeutung bei dem Reichsarbeitsministerium hat, als die überlegendsten zahlenmäßigen Unterlagen.

Vielleicht hat auch das Zahlenmaterial der Aussagen so überzeugend gewirkt, die wohl zahlenmäßig mit einem größeren Mitgliederkreis aufwarten können, insofern für unseren Berufskreis nur wenig Bedeutung haben, da 50 Proz. derselben überhaupt keine Gehilfen und ihre gesamten Mitglieder nicht einmal 10 Proz. der Branchenangehörigen beschäftigen.

Nur weiter auf dem Wege dieser Entscheidung, das von keiner Sachkenntnis getrübt ist und die anfänglich so starke Sympathie für das Reichsarbeitsministerium ist nur noch ein Märchen aus fernem Zeiten!

Unser Verbandstag.

III.

Die Beratung und Beschlußfassung über die zum Statut vorliegenden Anträge erfolgte zum Teil — je nach der Geschäftslage des Verbandstages — zwischen der Erlebigung der einzelnen Tagesordnungspunkte, soweit sie nicht bei diesen selbst mit erledigt wurden. An positiven Beschlüssen sind die folgenden festzuhalten.

Im § 1 Ziffer 2 des Statuts ist einzufügen „Gelatinewaren“.

Der § 2 (Zweck des Verbandes) soll dem § 2 des vorliegenden Einheitsstatuts für die graphischen Verbände angepaßt werden. Dieser Paragraph lautet:

„Zweck des Verbandes ist die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen seiner Mitglieder unter Ausschaltung aller parteipolitischen und religiösen Fragen.“

Der Zweck soll erreicht werden insbesondere durch:

- a) einheitlichen Zusammenschluß aller Berufsangehörigen zu gemeinsamem Handeln;
- b) Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen;
- c) strenge Durchführung der von den zentralen Verbandsorganen gefassten Beschlüsse;
- d) enge Zusammenarbeit mit den graphischen Berufsverbänden, mit dem Ziel des Zusammenschlusses der Verbände der graphischen und papierverarbeitenden Industrie;
- e) Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes in der Produktion und Erhebung einer gemeinsamen wirtschaftlichen Produktionsweise;
- f) Einwirkung auf die Gesetzgebung zugunsten der Arbeiterschaft, Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen und des sozialen und gewerblichen Mitbestimmungsrechtes;
- g) gewerkschaftliche, wirtschaftliche und technische Belehrung der Mitglieder in Wort und Schrift;
- h) Herausgabe einer Verbandszeitung;
- i) Jugendbildung, Einwirkung auf das Lehrlingswesen, Unterhaltung von Schriftungs- oder Jugendabteilungen;
- k) Aufnahme von Berufsstatistiken;
- l) Pflege der Kollegialität und Solidarität.

Den Zwecken des Verbandes dienen ferner:

- a) Unterstützung bei Streik, Aussperrung und Maßregelung;
- b) Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz;
- c) Arbeitslosenunterstützung auf der Reise und am Ort;
- d) Umzugsunterstützung bei Ortswechsel;
- e) Krankenunterstützung;
- f) Invalidenunterstützung;
- g) Hinterbliebenenunterstützung (Begräbnisgeld).

Der § 12 im Statut wird gestrichen. Der § 15 wird entsprechend dem Antrag 122 abgeändert.

Dem § 16 wird angefügt: „Berufung an den Verbandsauschuß und Beirat ist zulässig.“

Im § 42 Abs. 3 ist statt „mehr als 10 Mitglieder“ zu setzen: „30 Mitglieder“.

Der § 48 erhält folgende Fassung:

„Die Anstellung der erforderlichen Beamten und Hilfskräfte für das Bureau des Verbandsvorstandes und die Gehälter derselben regelt der Verbandsvorstand. Die Stellungen für die Beamten müssen in der „Buchbinder-Zeitung“ ausgeschrieben werden. Bewerber um eine Beamtenstellung

müssen mindestens 5 Jahre organisiert sein. Die Beamten haben sich nach dem Verbandstage einer Neuwahl durch den Verbandsvorstand zu unterziehen."

Der § 52 (Beirat betreffend) soll lauten:

"Zur Entscheidung über besonders wichtige, ausserordentlich wichtige Fragen ist der Beirat berufen. Der Beirat ist nach Bedarf zu berufen. Er muß einberufen werden, wenn die Mehrheit der Beiratsmitglieder es beantragt."

Der Beirat setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Verbandsvorstandes, dem Redakteur des Verbandsorgans, dem Vorsitzenden des Ausschusses und den von den Mitgliedern zu wählenden Vertretern, wobei auf je 400 Mitglieder ein Delegierter entfällt."

Die Wahl derselben hat innerhalb 8 Wochen nach Schluß des Verbandstages durch Urwahl zu erfolgen, wozu die Bildung von Wahlbezirken vom Verbandsvorstand in geeigneter Weise vorzunehmen ist. Für jeden Delegierten ist gleichzeitig ein Ersatzmann zu wählen."

Dem § 53 Abs. 2 ist anzufügen:

"Werden die Geschäfte durch einen oder mehrere besoldete Beamte (auch Beamte von Bezirksstellen) erledigt, so geschieht die Wahl dieser Beamten durch den Verbandsvorstand. Die Stellungen sind in der „Buchbinder-Zeitung“ auszusprechen; den Wünschen der Mitglieder des Bundes ist nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Bewerber um eine Stellung müssen mindestens fünf Jahre organisiert sein. Nach jedem Verbandstag haben sich die Angestellten einer Neuwahl durch den Verbandsvorstand und Ausschuss zu unterziehen, falls die Gewerkschaft dies auf Beschluß eines Gantages beantragt."

Der § 55 wird entsprechend dem Antrag 155 abgeändert.

Im § 57 ist als neuer Absatz anzufügen:

"Werden die Geschäfte einer Zahlstelle durch Beamte erledigt, so erfolgt die Wahl derselben durch die Mitglieder der Zahlstelle. Die Stellungen sind in der „Buchbinder-Zeitung“ auszusprechen. Bewerber um eine Stellung müssen mindestens fünf Jahre organisiert sein. Die Amtstätigkeit der Angestellten gilt bei Bewahrung jeweils bis zum nächsten ordentlichen Verbandstag. Nach dem Verbandstag haben sich die Angestellten einer Neuwahl zu unterziehen, sofern die darauffolgende Generalversammlung einen entsprechenden Beschluß fasst."

Dem § 58 Abs. 1 ist anzufügen:

"Die Geschäftsanteile (Ortsstatuten) dürfen sich nicht dem Verbandsstatut nicht in Widerspruch befinden, sie bedürfen der Genehmigung des Verbandsvorstandes."

Im § 58 ist der Absatz 2 zu streichen.

Dem § 59 Absatz 1 ist anzufügen:

"Dabei ist die Zahl der gelieferten und der verlaufenen Quittungsmarken sowie der noch vorhandene Bestand derselben genau anzugeben. Die Ortsverwaltungen sowie auch alle mit der Einziehung der Beiträge betrauten Funktionäre (Wertstat- und Untertassler, Beitragsammler usw.) sind für den Renner der ihnen anvertrauten Quittungsmarken haftbar."

Im § 59 ist Absatz 2 wie folgt zu ändern:

"Der Verbandsvorstand ist befugt, zu jeder Zeit eine außerordentliche Revision vorzunehmen zu lassen; hierbei ist den mit der Vornahme der Revision beauftragten Mitgliedern jede auf das Klassenwesen Bezug habende Auskunft zu geben. Alle überschüssigen Verbandsgelder sind sofort, spätestens aber vor Schluß jedes Monats an die Verbandskasse einzusenden. Bei einem Fehlbetrag hat die Verbandskasse umgehend auszuhefeln."

Die drücklichen Bevollmächtigten und insbesondere auch die Revisoren sind verpflichtet, darauf zu achten, daß größere Geldbestände nicht an Ort zurückgehalten werden. Für eventuell eintretende Verluste sind die Zahlstellen der Verbandskasse gegenüber mit ihrem gesamten Vorkaufvermögen haftbar."

Im § 63 sind an die Stelle des Wortes „mindestens“ jedesmal die Worte „in der Regel“ zu setzen, im § 64 an Stelle des Wortes „spätestens“ ebenfalls die Worte „in der Regel“.

Im § 67 sind hinter dem Worte „Verbandsauschuss“ die Worte „und Beirat“ zu setzen, und im Absatz 5 hinter dem Worte „Verbandsvorstand“ die Worte „Verbandsauschuss und Beirat“.

Bei der Beratung des Antrages, der eine Verringerung der Zahl der Delegierten zu unseren Verbandstagen zum Ziel hatte, kam es nochmals zu einer unerfreulichen Dissonanz. Es war beantragt worden, auf je 600 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden, doch sollten die Zahlstellen, die mehr als 3000 Mitglieder zählen, für die über 3000 Mitglieder hinausgehenden auf je 1000 Mitglieder einen weiteren Delegierten entsenden. Für Reichhaltigen von mindestens 600 Mitgliedern sollte ein weiterer Delegierter entsandt werden können. Dieser Antrag, der weder für unseren Verband, noch für andere Organisationen ein Novum darstellte, da er während mehrerer Geschäftsperioden in ähnlicher Form bereits Geltung hatte — in anderen Organisationen heute noch —, war vom Verbandstag angenommen worden. Ihm lag das Bestreben zugrunde, die Zahl unserer Delegierten etwas zu verringern. Nach der Konstatierung der Annahme dieses Antrages erhob sich bei der Opposition ein Sturm der Entrüstung, indem die Annahme bezweifelt und zugleich dem Gedanken Ausdruck gegeben wurde, daß der Antrag bezwecken sollte, auf künftigen Verbandstagen die Vertretung der Opposition zu verringern, obwohl doch bei Durchführung des Antrages alle Richtungen gleichmäßig betroffen worden wären. Der Verbandstag wurde nun 10 Minuten vertagt; während dieser Zeit fanden fraktionelle Besprechungen statt. Bei Wiedereröffnung gab die Opposition eine Erklärung ab, und bei der wiederholten Abstimmung fand dann der Antrag in folgender Fassung Annahme, auf die sich die Fraktionen in ihrer Mehrheit einig hatten:

Der § 69 soll folgende Fassung erhalten:

"Je 800 Mitglieder haben das Recht, einen Delegierten zu entsenden. Um als gewählt zu gelten, genügt einfache Stimmenmehrheit. In Wahlbezirken mit mehr als einem Delegierten ist auf Grund der Verhältniswahl nach gebundenen Listen zu wählen. In Wahlbezirken, in denen nur eine Liste vorliegt, die mehr Vorschläge enthält, als Delegierte zu wählen sind, kann nach dem Mehrheitsprinzip gewählt werden."

Die Bildung von Wahlbezirken ist vom Verbandsvorstand in geeigneter Weise vorzunehmen. Die Zahl der Mitglieder hierfür wird festgestellt nach der letzten vorliegenden Abrechnung auf Grund der regelmäßigen Beitragseistung."

Im § 72 ist die Fristbestimmung von fünf Jahren aufgehoben worden durch die Worte „nach Bedarf“.

Die gesamten die Jugendbewegung berührenden Fragen wurden zunächst einer fünfgliedrigen Kommission zur Vorberatung überwiesen. Nach Beendigung dieser Arbeiten erstattete Kollege Stephan-Berlin im Auftrag der Kommission dem Verbandstag in letzter Stunde Bericht. Des vorliegenden Zeitmangels halber fand eine Aussprache nicht mehr statt. Die Richtlinien der Kommission wurden dem Verbandsvorstand zur weiteren Erledigung überwiesen.

Die Beiträge für die Funktionär-Unterstützungskasse sollen für die Folge betragen für männliche Mitglieder 1 Mk. und für weibliche 50 Pf. pro Jahr. Die Unterstützungssätze sind um 200 Proz. zu erhöhen, bei der Krankenunterstützung um 300 Proz. Entsprechend weiterer Geldwertung können die Sätze weiter erhöht werden.

Für diese Funktionärversicherungskasse des Verbandes ein neues Statut aufzustellen, wurde der Verbandsvorstand beauftragt.

Der Antrag, „Zuchthausarbeiten, ganz gleich welcher Art, sind nach den reichsstatistischen Söhnen zu bezahlen. Der Verdienst fließt in die Staatskasse“ wurde dem Verbandsvorstand zur weiteren Erledigung überwiesen, der in Verbindung mit dem ADGB. versuchen soll, die Frage der Entlohnung der Strafgefangenen zu klären und im Sinne des Antrages zu wirken.

Ein Antrag, die Wahlen der Delegierten zum Gewerkschaftskongress für ungültig zu erklären, da sie nicht nach den Bestimmungen des Statuts vorgenommen worden seien, verlief der Ablehnung. Beschlossen wurde, künftig die Delegierten auf dem Verbandstag auf Grund des Verhältniswahlsystems zu wählen.

Weiter soll bei Anstellung von Beamten in Zahlstellen mit überwiegender weiblicher Mitgliedschaft bei der zweiten Anstellung möglichst eine Kollegin berücksichtigt werden.

Angenommen wurde mit 67 gegen 64 Stimmen auch der folgende Antrag:

„Der 14. Verbandstag der Buchbinder und Papierverarbeiter fordert den Vorstand des ADGB. auf, auf sämtliche Arbeiterparteien und die Vertreter der Arbeiterparteien im Reichstag sowie an den einzelnen Landesparlamenten einzuwirken, damit die Technische Reichsanstalt, die sich immer mehr und mehr zu einer staatlichen Streikbrecherbande herausbildet, sofort beseitigt wird. Der Verbandstag erwartet von den Vertretern der Arbeiterparteien, daß die Frage der Beseitigung der Technischen Reichsanstalt im Parlament unverzüglich aufgerollt und auf keinen Fall noch ein Pfennig zur Erhaltung oder Fortführung dieser organisierten Streikbrecherorganisation bewilligt wird.“

Angenommen wurde ferner folgender Antrag: „Unerträglich ist die Lage des internationalen Proletariats. Mit zügigen Schritten geht das Proletariat seiner vollständigen Vereindung entgegen, deren Ursache in der kapitalistischen Wirtschaft und in der Auswirkung des imperialistischen Weltkriegs zu finden ist.“

Genau hat gezeigt, daß das internationale Kapital nicht in der Lage ist, einen Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos zu finden. Dem Proletariat erwächst die Aufgabe, seine Geschicke selbst in die Hände zu nehmen.

Der Offensive des Kapitals muß die internationale Einheitsfront des Proletariats entgegengestellt werden. Aus diesem Grunde appelliert der in Kassel tagende 14. Verbandstag der Buchbinder und Papierverarbeiter an die drei Arbeiterparteien und an die Reuenerkommission, alles zu tun, um die Einheitsfront und die Aktivität des internationalen Proletariats herzustellen.“

Der Antrag: „Der Verbandstag wolle beschließen, daß der Verbandsvorstand verpflichtet wird, sofort aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten, da dadurch die Klassenengefänge vermischt werden und die Arbeiterschaft in eminenten Weise in ihren Kämpfen gehemmt wird“

soll durch die Beschlußfassung des Gewerkschaftskongresses erledigt werden.

Die Wahlen der Verbandskörperschaften vollzogen sich glatt, die Opposition demonstrierte bei den zu wählenden Angestellten durch Abgabe weißer Stimmzettel. Vorstandsmitglieder und Redakteur, Haeffelin, Harder, Vender und Michaelis wurden wiedergewählt, als unbesoldete Mitglieder des Verbandsvorstandes wurden die Kollegen Brückner, Zinemann, Krüger und Schade sowie die Kollegein Kravmin wieder- und Kollegein Bückke neu gewählt. Zu Revisoren der Verbandskasse wurden die Kolleginnen Böttcher und Bratlow sowie die Kollegen Albert Hoffmann und Demser gewählt. Die Wahl des Ausschuhvorsitzenden fiel auf den Kollegen Zinke-Geipzig, als Beisitzer zum Ausschuss wurden die Kollegen Billig, Teubner, Mehlhorn und Schröder gewählt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages am 6. Verhandlungstag abends 8 Uhr beendet. Die Schlusssitzung, auch die der einzelnen Fraktionsredner, trugen eine gewisse versöhnliche Note, sie enthielten das Bekenntnis, sich nach wie vor auf den Boden des Statuts stellen und an der Ausbreitung des Verbandes mitarbeiten zu wollen.

Im reichlich sechstägiger überaus anstrengender Arbeit hat unser 14. Verbandstag die ihm überwiesenen Aufgaben erledigt. Ueberblickt man rückblickend die Verhandlungen, dann muß man von einem leichten Unbehagen erfüllt werden ob der in vielen Punkten mit außergewöhnlicher aber damit durchaus nicht immer berechtigter Schärfe geführten Debatten, die ihre Ursachen in der auf dem Verbandstag sehr scharf durchgeführten Fraktionsbildungen hatten. Dabei mag die recht naheliegende Frage unberücksichtigt bleiben, wer und was diese Fraktionsbildung verursacht hatte. Tatsache war, daß von der ersten Minute an mit ihr gerechnet werden mußte und daß sie streng bis zum Schluß der Tagung durchgehalten wurde. Diese Tatsache wurde auch nicht aus der Welt geschafft durch die eine versöhnlichere Note tragenden Schlusssitzungen. Dem Kenner unserer organisatorischen Verhältnisse ist klar, daß die auf unserem Verbandstag offen zutage getretene reinliche Scheidung der Geister solange bestehen bleiben wird, solange nicht diese oder jene Gruppe eine völlige und gründliche Abkehr von ihrer feindseligen Haltung durchführt. Alle Beteuerungen, die organisatorische Einheit und Einigkeit zu fördern und zu erhalten, sind nicht nur glaub-

haft, sie sind offensichtlich auch ehrlichsten Herzens abgegeben. Aber sie bedingen auch, daß ein verständlicher Geist Einkehr hält. Wie weit die nach dieser Seite hin auf dem Verbandstage abgegebenen Erklärungen sich praktisch auswirken werden, bleibt abzuwarten. Festzuhalten ist, daß die Reminiscenzen des „Graphischen Blad“ nichts spüren lassen von der Bonafität, die die Oppositionsredner in ihren Schlüssen betonten.

Gewerkschaftliche Streitfragen auf dem Gewerkschaftskongress.

In Tagen schwerer Erschütterungen treten in Leipzig im neu aufgebauten Volksaus (am 19. Juni) die Erbauer einer neuen Wirtschaftsordnung, die einzige begründete Hoffnung Deutschlands, die Gewerkschaften zu ihrem Kongress zusammen.

Schon ein oberflächlicher Blick auf die Tagesordnung zeigt die große Bedeutung der zu behandelnden Fragen für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Die großen, durch die Entwicklung der sozialen Revolution seit dem November 1918 aufgeworfenen Probleme des Verhältnisses von Betriebsräten und Gewerkschaften, der Methoden und Organisationsformen der Gewerkschaftsbewegung in den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen, der Arbeitsgemeinschaften, Wirtschaftsräte und die Fragen des zukünftigen Arbeitsrechts sollen besprochen und weitgehend geklärt werden. Überall haben sich die Ortsstellen und Bezirkskonferenzen mit diesen Tagesordnungspunkten befaßt und eine reichhaltige Masse von Anträgen und Wünschen zu den einzelnen Fragen eingereicht.

Drei Probleme werden im Vordergrund stehen und den Gang der Kongressdebatte wesentlich bestimmen: Das Verhältnis der Betriebsräte zu den Gewerkschaften, die zukünftige Organisation der Gewerkschaften und die Stellungnahme zu den Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräten, deren Ausbau und Funktionen. Die Frage des Verhältnisses von Betriebsräten und Gewerkschaften steht in engem Zusammenhang mit dem Problem der Organisation der Gewerkschaften und kann nur gemeinsam mit diesem einer klaren und eindeutigen Lösung zugeführt werden. Je nach den Beschlüssen, die in Leipzig gefaßt werden, kann dieser Kongress zum Ausgangspunkt einer völlig neuen gewerkschaftlichen Organisation werden. Alle Anträge, die zu dieser Frage gestellt sind, stimmen überein in der Auffassung, daß die bisherige Form der reinen Berufsgewerkschaften den veränderten Zeitverhältnissen und den neuen Aufgaben der Arbeiterbewegung nicht mehr entspricht. Als Gründe werden unter anderem angeführt: die fortschreitende Zentralisation der Warenproduktion in industriellen Großbetrieben, die Abhängigkeit der Lohnhöhe

von allgemeinen und fast überall gleichen Preisverhältnissen (Monopolpreisen) sowie die praktische Auswirkung des Betriebsrätegesetzes, welche immer stärker die einzelnen Berufsgruppen der Betriebe und Industrien zu gemeinsamen Aktionen zusammenführt, wobei dann gerade die sachliche und rein berufliche Gliederung der Gewerkschaftsorganisationen die Arbeiter eines Betriebes an der bestmöglichen Ausnutzung ihrer Aktionskraft hindert. Eine große Zahl von Resolutionen fordert daher die sofortige Umbildung der Berufsgewerkschaften zu Industrieverbänden, ohne daß sich die Antragsteller völlig über die Schwierigkeiten der dabei auftauchenden Probleme klar sind. Die vorstehenden Anträge verlangen denn auch nur die Einsetzung einer Studien- und Arbeitskommission, welche diese Frage durcharbeiten, die Abgrenzung der Zuständigkeiten der einzelnen Industrieverbände und die Zuteilung der Gewerbe zu denselben vorbereiten sollen. Als erster Schritt zur Verwirklichung der gewerkschaftlichen Einheitsorganisation wird die Vereinheitlichung der Statuten, Mitgliedsbücher und Beiträge verlangt, die Zentralisierung der Verwaltung, Kassen und des ganzen gewerkschaftlichen Agitations- und Bildungswesens unter der Leitung des ADGB.

Je nach der Einstellung zu dieser gewerkschaftspolitischen Grundfrage gehen natürlich die Ansichten über die Stellung der Betriebsräte zu den Gewerkschaften auseinander. Während die einen die Gewerkschaft in ihrer heutigen Form in den Vordergrund stellen und die Betriebsräte mehr oder weniger als deren ausführende Organe anerkannt wissen wollen, möchten die anderen gerade den Betriebsräten eine Menge ganz neuer, von den bisherigen Aufgaben der Gewerkschaften verschiedener Aufgaben zuweisen. Sie sollen den Unterbau und die Glieder der Arbeitnehmervertretungen darstellen, die teils neben, teils innerhalb der Wirtschaftsparlamente (Bezirkswirtschaftsräte und Reichswirtschaftsräte) zu arbeiten haben. Auch die Durchführung der Planwirtschaft und der Sozialisierung wird von einigen Anträgen in erster Linie den Betriebsräten zugewiesen. So verlangt zum Beispiel ein Antrag der Berliner Eisenbahner die durchgreifende Kontrolle der Produktion, des Handels und Verkehrs, der Personalpolitik und der Preisgestaltung durch die Betriebsräte Hand in Hand mit den Gewerkschaften und Genossenschaften. Gegenüber solchen Anträgen wird es Aufgabe der mit der Materie betrauten Referenten und Korreferenten sein, die schwereren Fragen im einzelnen auseinanderzulegen und zu zeigen, daß es sich hier um umfassende wirtschaftspolitische Organisations- und Verfassungsfragen handelt und zu untersuchen, ob diese so ohne weiteres zum Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften und Betriebsräte gemacht werden dürfen. Zweifellos aber enthalten die ver-

schiedenen Anträge wertvolle Anregungen und beachtenswerte Gesichtspunkte. Wichtig ist jedenfalls, daß ein weiterer Ausbau des gesamten wirtschaftlichen Räteystems auf der Basis der Betriebsräte nur Hand in Hand mit dem Umbau der Gewerkschaften zu Industrieverbänden gehen kann, ebenso, daß die wesentlichen Fragen der eigentlichen Wirtschaftspolitik niemals den lokalen Betriebsräten, sondern stets nur umfassenderen Körperschaften, wie etwa den Bezirkswirtschaftsräten, überantwortet werden dürfen. In den verschiedenen, zum Problem der Arbeitsgemeinschaften gestellten Anträgen kommt eine starke Ablehnung derselben zum Ausdruck, fast durchweg wird der Austritt aus denselben verlangt. Die mangelhafte Entwicklung der sozialen Gesetzgebung, die wachsende Ausbeutung der Arbeiterschaft durch immer höhere Preise wird ihnen zur Last gelegt. Gleichzeitig wird in einer Reihe von Anträgen die Bildung paritätischer Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern abgelehnt und an ihrer Stelle werden reine Arbeitnehmerkammern gefordert, die zu gleichberechtigten gesetzlichen Organen zur Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen aller Arbeitnehmer ausgestattet werden sollen. Auch in dieser Frage werden zweifellos stark gegensätzliche Auffassungen aufeinanderstoßen, zumal ja im Reichswirtschaftsrat die Arbeitnehmergruppe unter schärfstem Widerstand der Arbeitgeber die paritätische Umgestaltung der bisher bestehenden Unternehmerkammern gefordert hat.

Besondere Beachtung verdient noch ein Vorschlag des Bundesvorstandes des ADGB zur zukünftigen Regelung von Streit- und Lohnbewegungen, der gegenüber dem bisherigen Zustand eine weitgehende Vereinheitlichung und Gesamtverantwortlichkeit erstrebt, rein lokale Aktionen sollen überhaupt soweit als möglich unterbunden werden. Streikbewegungen in Betrieben, die mehrere Berufsgruppen umfassen, sollen von allen am Betrieb beteiligten Verbänden geführt werden, wobei demjenigen Verband, der die Mehrzahl der Mitglieder enthält, die Führung zufallen soll. Ueber Streiks in sogenannten gemischtartigen, d. h. lebenswichtigen Betrieben, sucht der Absatz 28 der vom Bundesvorstand vorgelegenen Satzungen festzulegen, daß Streikbeschlüsse in solchen Betrieben erst gefaßt werden dürfen, wenn zuvor der Bundesvorstand des ADGB sowie der Vorstand der IFA davon unterrichtet wurden. Jede Gewerkschaft hat in ihren Statuten für ihr Organisationsgebiet ein Verzeichnis der bei solchen Bewegungen in Frage kommenden Motorbetriebe festzulegen, deren Ausführung in jedem Fall verlangt und zu denen jedes Gewerkschaftsmitglied unter Verantwortlichkeit seiner Organisation verpflichtet ist. Es ist klar, daß diesen Bestimmungen nach den Erfahrungen des Eisenbahnerstreiks und der letzten städtischen Streiks in Berlin eine ganz besondere Bedeutung zukommt, daß

Sein Eiland.

Erzählung von H. Ger. (Fortsetzung)

Charlotte wunderte sich schon, als ihr Vater den Kahn mit einem Male durch ein Rohrdicht schob, aber in sprachlosem Erstaunen stand sie da, als sie die Insel mit dem schmucken, grün gestrichenen Häuschen sah, und hörte, daß sie von jetzt ab hier zu Hause sei, den ganzen Sommer hier zubringen könne. Mit Jubel und Lachen fiel sie ihrem Vater um den Hals; so etwas Herrliches, Romantisches, auf einer Insel zu sein, den ganzen Tag blauen Himmel und goldene Sonne über sich zu haben, unter grünen Bäumen sitzen und nach Belieben sich auf dem Wasser tummeln zu können, — das hätte sie sich nie so hübsch erträumt, wie sie es nun als Wirklichkeit vor sich sah.

Bald wurde auch der Umzug vorgenommen, denn Charlotte gefiel es gar nicht mehr in der dunklen Stadt, und auch Vater Lindner drängte es aus dem Keller hinaus in seine Sommerwerkstatt. Die nach dem Ausscheiden von zwei Familienmitgliedern ohnehin zu große Wohnung kündigte er und mietete vom Oktober ab eine kleine, für ihn und Lottchen ausreichende.

Wonnige Tage brachen nun an für die beiden. Charlotte sang und jubilierte den ganzen Tag, und ihre Fröhlichkeit verstrahlte auch noch den letzten Rest von trüber Stimmung aus Vater Lindners Kopf. Er wurde wieder heiter und fröhlich. Die Arbeit dünkte ihm jetzt wieder so leicht wie in jungen Jahren. Er hatte immer die Empfindung, als

schmurre seine Drehbank mit vor Vergnügen, und er legnete den Einfall, der ihn zur Erwerbung des Eilandes geführt hatte. So ein süßes Glück, wie er es genoss, das hatte ihm immer als das Schönste vorgekostet.

Angenehme, liebe Nachbarn hatte Lindner auch gefunden. Etwas weiter oberhalb lag am Strom eine Wäscherei mit Naturbleiche, die einer noch sehr rüstigen und lebensfrohen Witwe Reinhard gehörte. Mit ihr hatte sich Lindner sofort in Verbindung gesetzt und sie gebeten, als Adresse für seine Briefsendungen zu dienen. Frau Reinhard ging auch sofort mit größter Bereitwilligkeit auf den Wunsch Lindners ein. Hatte der Briefträger etwas für diesen gebracht, steckte sie eine kleine Fahne heraus, und auf dieses Zeichen fuhr Charlotte mit dem Kahn nach dem Ufer und holte die Sendung ab. Dadurch wurde sie auch mit Frau Reinhard und ihrem Sohn, einem hübschen jungen Mann, bekannt, und die Bekanntschaft ging bald in Freundschaft über, besonders da Frau Reinhard in ihrer lebenswürdigen Art Lindner noch in anderer Weise entgegenkam.

Lindner hatte erst geplant, seine fertigen Arbeiten mit dem Kahn nach Berlin zu transportieren. Frau Reinhard schlug ihm vor, dazu ihren Wagen, mit dem der junge Reinhard regelmäßig jede Woche dreimal nach Berlin fuhr, zu benutzen. Die geringe Last, die Lindners Transportkorb mit den leichten Holzwaren habe, spiele gegenüber der vielen schweren Wäsche, die im Wagen verladen werde, gar keine Rolle, hatte Frau Reinhard gemeint. Und ihrem

Sohne sei es nur lieb, wenn er während der Fahrt jemand zur Gesellschaft habe.

Lindner nahm dieses Anerbieten mit Freuden an. Konnte er doch mit dem Wagen seine Arbeiten gleich bis in das Innere der Stadt bringen. Früh aufstehen mußte er zu solchen Fahrten freilich immer, denn der junge Reinhard fuhr stets Punkt vier Uhr von Hause fort. Aber solche Frühfahrten waren Vater Lindner gerade recht.

Wenn Regenwetter und kühle Witterung eintraten, bekamen sie auf der Insel in der Regel Besuch von Fischen, die einige Zeit im Trockenen rasteten. Entweder bewirkte sie beim Charlotte mit einer Tasse guten Kaffee, oder Vater Lindner braute ihnen einen steifen Grog zusammen. Das war den armen Fischen, die den ganzen Tag kein warmes Essen hatten, immer ein großes Labfal, und aus Dankbarkeit schickten sie mit ihrem Neben nie in Lindners Angeltrevier. In dem sammelten sich daher die Fische an, und Lindner warf jeden Tag noch Futter aus, um sie als ständige Gäste zu erhalten. Wenn er sich dann Sonntags oder in den frühesten Morgenstunden in der Woche zum Angeln ansetzte, gab es guten Fang. Besonders der Hundertmeterstreifen an dem der Insel gegenüberliegenden Ufer brachte stets reichen Ertrag. Fröhlich schwelgen konnten sie in gebratenen und gesotteten Fischen.

„Fein heraus sind wir jetzt!“ sagte Lindner lachend zu seiner Tochter. „Fische haben wir soviel wir nur essen wollen, und Kartoffeln wachsen uns zu. Da können wir bald ein reines Schlaraffenleben führen.“

Die aber auch zu heftigen Auseinandersetzungen auf dem Gewerkschaftskongress führen werden.

Diese kurzen Hinweise auf die Aufgaben des Gewerkschaftskongresses lassen schon erkennen, daß der Leipziger Tagung eine überragende Bedeutung für die Entwicklung unseres ganzen künftigen Gewerkschaftslebens beigemessen werden muß.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gegen den Krieg.

Der Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der sich aus 107 Delegierten zusammensetzte, die die Landeszentralen von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Oesterreich, Belgien, Tschechoslowakei, Polen, Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, Spanien, Schweiz, Ungarn, Lettland, Jugoslawien, Luxemburg, Bulgarien vertraten, der im Namen von insgesamt 24 Millionen organisierten Arbeitern sprach und an dem Vertreter der internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter, Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Landarbeiter, Textilarbeiter, Büroangestellten, Techniker, Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten, öffentlichen Betriebe, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Schneider, Buchbinder, Buchdrucker, Lederarbeiter, Lebens- und Genussmittelarbeiter, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Maler, Blüthengärtner, Hutmacher, Diamantarbeiter und Musiker teilnahmen, erklärte, daß der Kampf gegen Militarismus und Krieg und für den auf die Verbrüderung der Völker gegründeten Weltfrieden eine der Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung ist, die sich den Umsturz des kapitalistischen Systems zum Ziel gesetzt hat.

Der Kongress erklärte weiter, daß es vor allem Pflicht der Gewerkschaftsbewegung ist, gegen jeden politischen und wirtschaftlichen Nationalismus zu kämpfen, ebenso wie gegen den Abschuß oder die Beibehaltung von Bündnissen oder von Vereinbarungen, die zu militärischen Aktionen nach gemeinsamen Plänen führen können.

Der Kongress bekräftigte noch einmal die Resolutionen über Krieg und Militarismus, die von dem vom 22. bis 27. November 1920 in London abgehaltenen außerordentlichen Gewerkschaftskongress sowie von der am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam stattgefundenen internationalen Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Vertretern der internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter angenommen wurden.

Der Kongress erklärte, daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern.

Der Kongress erklärte, daß alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen sowie die mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund verbundenen internationalen Berufssekretariate und ihre angeschlossenen Organisationen die Pflicht haben, durch eine unter den Arbeitern in Wort und Schrift ausgeübte Propaganda eine kräftige und unerbittliche Kampagne gegen den Militarismus zu führen und die Arbeiter für den Kampf gegen den Militarismus so vorzubereiten, daß sie bereit sind, jedem Appell an die Solidarität der Arbeiterklasse Folge zu leisten und wenn nötig einem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Falle einer tatsächlichen Kriegsdrohung durch sofortige Arbeitsniederlegung nachzukommen.

Der Kongress unterstützt die Bemühungen der internationalen Berufsorganisationen, die überall die Kontrolle der Fabrikation von Waffen und Kriegsmaterial aller Art durchzuführen, die Fabrikation einschränken und auf das Minimum für den Zivilgebrauch reduzieren.

Der Kongress beschloß, das provisorische Komitee, das vom der am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam abgehaltenen Konferenz ernannt wurde und das sich aus dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes und je einem Vertreter der internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter zusammensetzt, als permanentes Komitee zu bestätigen.

Der Kongress beauftragte dieses Komitee, die Propaganda gegen Krieg und Militarismus, welche von den verschiedenen Landeszentralen sowie den internationalen Berufssekretariaten und den ihnen angeschlossenen Organisationen geführt werden soll, aufrechtzuerhalten, zu leiten und zu unterstützen und die von diesem Kongress beschlossene Aktion und Propaganda gegen den Krieg und Militarismus wirksam zu gestalten.

Der Kongress beschloß weiter, das folgende Manifest an die Arbeiter der Welt

zu erlassen:

Der Weltkrieg, der, wie die chauvinistischen und nationalstischen Regierungen versicherten, der letzte sein und eine neue Ära des Friedens und der Prosperität herbeiführen würde, ist kraft einer Reihe von sogenannten Friedensverträgen, die die Sieger den Besiegten auferlegten, seit mehr als drei Jahren zu Ende.

Statt der angekündigten Prosperität herrscht in allen Ländern ein wirtschaftliches Chaos und ein Elend, wie es die Welt seit Jahrhunderten nicht gekannt hat. Von dem erhofften Frieden jedoch keine Spur! In allen Teilen der Welt wird um die Beute des letzten Krieges gekämpft und werden Vorbereitungen zu neuen Eroberungen getroffen. Ungeachtet aller schönen Versprechungen auf Abrüstung bleiben

Millionen Soldaten unter den Waffen, die Produktion der Kriegswerkzeuge geht uneingeschränkt ihren alten Gang und ein neuer Weltbrand bereitet sich vor. Stellen wir fest, daß diese neuen Kriege noch weit mörderischer und schrecklicher werden als derjenige war, den man „den letzten aller Kriege“ genannt hat.

Regierungskonferenzen, Friedenskongresse, Abrüstungskonferenzen: Alles fruchtlos! Manifestationen, die nichts vermögen gegen die aufs neue drohenden Kriege!

Eine einzige Kraft in der Welt ist fähig, künftige Kriege zu verhüten: die international organisierte Arbeiterklasse!

Der Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat aufs neue im Namen der in ihm vereinigten 24 Millionen organisierten Arbeiter den Friedenswillen der Arbeiterklasse bekräftigt und erklärt als Pflicht und Aufgabe der proletarischen Bewegung den mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu führenden Kampf gegen Krieg und Militarismus.

Er beschließt, jeden neuen, die Menschheit bedrohenden Krieg durch die Proklamierung des internationalen Generalstreiks zu verhindern.

Arbeiter aller Länder!

An Euch alle, die Ihr in den Gewerkschaftszentralen Eures Landes organisiert und durch sie dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen seid, richtet der Kongress den dringenden Appell, in den Kampf gegen den Militarismus einzutreten.

Glaubt nicht, daß der Krieg Eure Lebensbedingungen verbessern kann. Welt heute Millionen unter Euch arbeitslos sind, gibt es vielleicht Arbeiter, die sich die falsche Vorstellung machen, daß ein neuer Krieg der Arbeiterklasse Wohlstand bringen werde. Die direkte Ursache der auf der ganzen Welt zutage tretenden Armut ist der große Krieg und neue Kriege werden weitere und noch bitterere Armut der Arbeitermassen bedeuten. Die Geschichte lehrt, daß der Fortschritt der Arbeiterklasse immer durch kapitalistische Kriege beeinträchtigt wurde.

Ihr seid es, die schon in Friedenszeiten die schwersten Lasten des Militarismus zu tragen hattet, der einzig dem Kapitalismus, dem Nationalismus und dem Imperialismus dient. Ihr auch seid es, deren Fleisch im Kriege als Kanonensfutter dient und Euer Leben ist es, mit dessen Hilfe die Kapitalisten und Imperialisten ihre Probleme lösen, indem sie sie in bewaffnete Konflikte umwandeln.

Für den höheren Ruhm und die Ehre des nationalen Kapitalismus schickt Ihr Eure Kinder in den Tod.

Der Kongress hat alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen beauftragt, alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den Militarismus zu bekämpfen und jeden drohenden Krieg durch Proklamierung des Generalstreiks zu verhindern. Dieser Beschluß wird

Neben den Fischern als unregelmäßigen Gästen fand sich als regelmäßiger Besucher bald Ludwig Reinhard ein. Charlotte brauchte nur noch selten die Post zu holen, meist brachte sie Ludwig mit seinem kleinen Boot herüber. Daneben brachte er gelegentlich noch andere Dinge mit, die Charlotte in ihrem kleinen Haushalt recht gut brauchen konnte. Das eine Mal Milch, ein anderes Mal frische Butter, dann wieder junge Erdbeerpflanzen von einer besonders guten und großen Sorte, die Reinhard gezoget hatten. Da sich Charlotte in der Gärtnerei noch nicht genügend auskannte, half er ihr die Setzlinge auch gleich einpflanzen.

Vater Lindner sah dem Verkehr der jungen Leute mit Vergnügen Lächeln zu. „Wäre nicht übel,“ dachte er, „wenn sich zwischen den beiden etwas anspannen würde.“ Die Reinhard'sche Wirtschaft machte den besten Eindruck. Was man auch sah, Haus, Stallung, Vieh, Garten, alles war in bestem und saubersten Zustande. Die Wäscherei und Bleicherei, in der Reinhard's sechs Frauen beschäftigt, mußte auch eine regelmäßige und gute Einnahme bringen. Und Ludwig war das einzige Kind. Einen besseren Bewerber konnte sich sein Vortchen nicht wünschen.

Charlotte selbst lagen solche Gedanken ganz fern. Sie hatte Reinhard gern, weil er nett und überaus gefällig war; unbefangenen sprach und scherzte sie mit ihm wie mit einem guten, alten Bekannten. Das Leben auf der Insel bekam ihr prächtig. Sie war in den Jahren, in denen sich unter günstigen äußeren Umständen der Körper schnell und überraschend ent-

wickelt. Seitdem das Wasser genügende Wärme aufgenommen hatte, badete sie jeden Tag. Lust und Sonne bräunten ihr die Wangen, und diese Übung stand ihrem schönen, regelmäßigen Gesicht wunderbar gut. Die Ecken und Kannten an ihrem Körper verschwanden; sie bekam bei aller Schlantheit weiche, volle Formen, und nach einigen Monaten erinnerte nichts mehr an ihr an das in der Stubenluft aufgewachsene Stadtkind.

Vater Lindner war über diese Veränderung, die mit seinem Herzblut vor sich ging, höchst glücklich. „Was würde der Doktor für Augen machen, wenn er die jetzt jäh!“ dachte er oft.

Gegen den Herbst hin bemerkten die Inselbewohner, daß auf dem Ostufer des Stromes, unterhalb der Reinhard'schen Besitzung, dort, wo noch Wald anstand und Lindners Angelfreien lag, Arbeiter auftauchten, die den Wald niederlegten. Ihre Zahl wuchs täglich, und ein großer Graben und Schaffen auf dem freigelegten Gelände begann.

Bei der nächsten Frühfahrt, die Lindner mit Reinhard machte, erzählte ihm Ludwig: „Bei uns hier gibt es jetzt eine große Veränderung. Die Bahn legt eine Haltestelle für Personen- und Güterverkehr an. Der ganze Streifen zwischen Wasser und Bahn wird vom Fiskus für Fabrikanlagen verkauft. Weil die Lage eine sehr günstige ist, auf der einen Seite die Bahn in nächster Nähe und auf der anderen Seite Wasserfront, so daß Kohlen und Rohmaterialien auf dem Wasserwege bezogen und direkt vom Schiff auf die Grundstücke entladen werden können, haben sich

auch gleich Bewerber gefunden. Mutter meint, diese Veränderung sei für uns von großem Nutzen, weil wir eine bequeme Bahnverbindung mit Berlin bekommen und unser Grundstück sehr im Werte steigen würde.“

Lindner war von dieser Neuigkeit weniger erbaud. Eine Bahnhaltstelle in nächster Nähe zu haben, war gewiß nicht übel. Dafür würden aber auch die Fabriken mit ihren Schloten das bisherige schöne Landschaftsbild zerstören. „Wissen Sie vielleicht auch schon, was für Fabriken wir zunächst herbekommen?“ fragte er Reinhard.

„Ja! Ein ganz großes Elektrizitätswerk mit vier Riesenschornsteinen soll gebaut werden. Oberhalb von diesem soll eine Fabrik für Bureaumöbel zu stehen kommen. Zwischen beiden soll ein Weg angelegt werden, der vom Fluß in gerader Linie auf den Bahnhof führt. Beide Anlagen sollen so gefördert werden, daß sie noch vor Mitte nächsten Sommers in Betrieb genommen werden können.“

Diese Mitteilung gab Lindner einen förmlichen Stich. Sollte sein ehemaliger Kompagnon bereits so weit sein, um sich eine eigene Fabrik zu errichten? In der Stadt angekommen, zog Lindner sofort Erkundigungen ein. Seine Vermutung fand volle Bestätigung. Die Möbel Bröckels hatten solchen Anklang gefunden, daß ihm von allen Seiten, besonders auch von über See, Aufträge zuzingen, die er in seinen gemieteten Räumlichkeiten nicht bewältigen konnte. Da das Unternehmen großen und sicheren Verdienst versprach, waren ihm auch zum Bau einer eigenen Fabrik Gelder zur Verfügung gestellt worden.

nur dann von Wert sein, wenn Ihr ihn mit allen Euren Kräften unterstützt.

Eure Organisationen sind machtlos, wenn nicht jeder von Euch unermüdet für den Frieden der Welt, gegen den Militarismus und gegen den Kapitalismus propagiert.

In der Tat ist jede Aufforderung zur Aktion bei drohendem Krieg unwirksam, wenn nicht alle unterschiedslos bereit sind, die Arbeit niederzulegen.

Arbeiter aller Länder!

Schließt Euch national und international zusammen! Steht dem Bündnis aller Chauvinisten die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder entgegen.

Schert Euch im Kampf gegen Militarismus und Krieg um das Banner des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Seid unentwegte Kämpfer. Seid wachsam und zu allen Opfern bereit, um das Verbrechen unmöglich zu machen!

Der Internationale Gewerkschaftsbund zählt auf Euch!

Nieder mit dem Militarismus!

Nieder mit dem Krieg!

Nieder mit dem Kapitalismus!

Es lebe die Internationale des Friedens!

Es lebe die Internationale der Arbeit!

Frauen der Welt

Ihr Frauen Deutschlands, Frankreichs, Englands, Frauen der großen europäischen Völkersfamilie, und Ihr Frauen der anderen Erdteile und Rassen, Ihr habt im Kriege dieselben unfähigen Qualen erduldet, Tag und Nacht, während endloser Jahre, hat Euch dieselbe Todesfurcht um die, die Ihr liebtet, gepeinigt.

Tag und Nacht ist in allen Sprachen der gleiche Verzweiflungsschrei von Euren Lippen gestiegen.

In allen Ländern habt Ihr, um Eure Kinder zu ernähren, mit geringeren Kräften und für niedrigeren Lohn die Arbeit der Männer geleistet.

Und wozu das alles? Blickt um Euch, Frauen!

Gab es je größere Not als die derjenigen, denen der „Tank des Vaterlandes gewiß ist“?

In siegreichen wie besiegten Ländern noch nie dagewesenes Elend der Massen auf der einen Seite — noch nie dagewesener Reichtum einiger Weniger auf der anderen.

Es gab im letzten Krieg nur einen Besiegten: Die Arbeiterschaft aller Länder. Und nur einen Sieger: Das internationale Kapital.

Aber damit nicht genug. Wir stehen am Vorabend neuer Verwicklungen. Nie ist siebenthafter gerüstet worden wie heute, nach dem „Krieg zur Beendigung der Kriege“. Nie haben die Regierungen größere Summen auf Kriegswerkzeuge verwendet als jetzt, wo sie sich bankrott erklären, wenn es gilt, den Arbeitslosen das nackte Leben, den Kindern eine menschenwürdige Erziehung, den Massen Obdach zu sichern.

Wenn die Regierungen in Washington nur den Bau von Kriegsschiffen beschränkten, so nur, weil man wirksamere Zerstörungsmittel fand, die mit einem Schlag Städte und Bevölkerung vernichten.

Ueber den hingeschlachteten Völkern reichen sich Sinesen, Armstrong und Kreuzot die Hände und treffen die Vorbereitungen für den nächsten Krieg, während die Massen noch unter der Last des vergangenen ähzen.

Frauen! Um diesen Krieg zu verhindern, ist es nötig, seine Ursachen zu begreifen! Durch den Rebel patriotischer Lügen müssen Eure Augen die einfache Wahrheit erkennen:

Solange die Völker sich im Interesse einer kleinen Minderheit von Ausbeutern, die daraus ihren Profit zieht, zerstreuen, ist die Herrschaft der Ausbeuter sicher. — Das ganze ungeheure Gebäude des Militarismus ruht auf der Blindheit und Uneinigkeit der Massen.

Es gibt ein Mittel, Kriege auf immer zu verhindern. Dieses Mittel heißt Organisation, Zusammenschluß aller Kriegsgegner.

Um die gewaltige Macht des Imperialismus zu schlagen, müssen wir eine noch gewaltigere schaffen.

Eine Armee, in der die Frauen Seite an Seite mit den Arbeitern aller Länder in den Kampf ziehen.

Für diese Armee ist der Internationale Gewerkschaftsbund Sammelpunkt.

Daß er es nicht bei Worten bewenden läßt, hat er bewiesen.

Er hat zum erstenmal in der Geschichte den alten kapitalistischen Mächten gegenüber die internationale Macht der Arbeiterschaft auf den Plan geführt. Er war es, der 1920 den internationalen Boykott über das ungarische Blutregiment verhängte. Er war es, der im selben Jahr durch die Mobilisation der Arbeiter gegen den Waffentransport nach Polen die Regierungen von ihrem Anschlag gegen Sowjetrußland abhielt. Er ist es, der am 15. und 16. November 1921 die Vertreter der Transport-, Berg- und Metallarbeiter aller Länder nach Amsterdam zusammenrief, um die Durchführung des Generalfreits gegen den Krieg nicht nur zu beschließen, sondern zu organisieren. Er ist es, unter dessen Führung die neugegründeten Internationalen der Arbeiterinnen und der Arbeiterjugend ihre Kräfte mustern.

Die Millionenarmee, die hinter ihm steht, ist heute nicht nur stärker, sie ist auch entschlossener als die, die im August 1914 geschlagen wurde.

Aber sie ist noch nicht stark genug. Auf, Frauen, füllt die Reihen!

Glaubt nicht: „Auf mich einzelne kommt es nicht an.“ Jede einzelne ist ein Stein im großen Bau.

Ihr habt noch nicht genug getan, wenn Ihr selbst gewerkschaftlich organisiert seid. Nicht nur Euer Beitrag, Eure Mitarbeit ist notwendig. Ihr müßt werden für Euren Verband, Ihr müßt andere organisieren, müßt unermüdet, aufklären und wirken unter Euren Kolleginnen im Betrieb, in Eurer Familie zu Hause!

Ihr, die Ihr das Leben gebt, seid von der Natur dazu bestimmt, voranzugehen im Kampf gegen Mord und Zerstörung.

Ihr, die Ihr den Krieg verabscheut, seid berufen, diesen größten und einzig heiligen aller Kriege zu führen.

Hinein, Frauen, in die Bataillone der Arbeiterarmee!

Berichte.

Bünde. Am 23. Mai wurde die einberufene Monatsversammlung von circa 70 Kolleginnen und Kollegen besucht. Der momentanen Verhältnisse halber wäre es aber dringend erforderlich, daß jeder einzelne erscheint. Seit dem 1. April wurden bisher 9 Neuaufnahmen gemacht. Zur Belegungsfrage wurde u. a. berichtet, daß die Vorränge in der Kartonnage für Bünde im 1. Jahr pro Tag 14 M., im 2. Jahr pro Tag 22 M. ab 15. April erhalten. Weiter soll erwähnt sein, daß alle Kollegen die größte Anteilnahme an der Aussperrung der süddeutschen Metallarbeiter hegen. Dann hielt Dreger-Köln einen längeren Vortrag über die zukünftigen Aufgaben unseres Verbandes, zugleich vom Verbandsstag berichtend. Dreger verstand es, das Interesse sämtlicher Anwesenden am Verbandsleben immer mehr zu wecken, sein Vortrag wurde lebhaft begrüßt, und sollte manchem zu denken geben.

Dresden. Die hiesigen graphischen Berufe sind mit Ausnahme der Lithographen und Steinbrucker seit dem 1. März 1921 als Fachabteilung dem hiesigen Städtischen Zentralarbeitsnachweis angeschlossen. Diese Abteilung berichtet von da an bis 31. März 1922 u. a. folgendes:

Die Firmen haben sich verhältnismäßig rasch an die Benützung der Fachabteilung gewöhnt, und zwar haben hauptsächlich die großen Firmen sehr bald den Vorteil dieser Einrichtung für sich erkannt. 420 Firmen, darunter 58 auswärts, erbielten 1348 männliche und 3471 weibliche Arbeitskräfte vermittelt. Selbst Firmen, die bei Auswahl des Personals die größte Vorsicht walten lassen, wie z. B. Wanhäuser, wendeten sich an die Fachabteilung.

Bemerkenswerte Erschütterungen im Gewerbe durch Streiks und Aussperrungen waren nicht zu verzeichnen. Ein mehrwöchiger Streik der Schneide- und Schriftplakatdrucker umfaßte zwar die ganze hiesige Industrie, die aber nur aus wenigen Firmen besteht. Die verhältnismäßig ruhige Entwicklung des Gewerbes beruht auf der Anerkennung des Tarifgedankens, welcher bei einigen Gruppen dessen Anhänger hat. Den Segen davon spürt die Fachabteilung im Gesamtinteresse des Gewerbes.

Die gesetzliche Maßnahmen den Arbeitsmarkt beeinflussen können, konnte die Abteilung bei der Tabak-

steuer feststellen. Die Kartonnagenindustrie in Dresden hängt vorwiegend von der Zigarettenindustrie ab. Als diese durch die Steuer empfindlich betroffen wurde, ist die Kartonnagenindustrie schwer in Mitleidenschaft gezogen. Hunderte von Arbeitnehmern verloren ihre seit Jahren innegehabte Stellung und fielen der Unterstützung anheim, deren Kosten wieder zum größten Teil aus dem Ertrag der Tabaksteuer aufgebracht wurde. Gegen Schluß des Berichtsjahres hatten die Widerstandskraft und die Elastizität der Industrie die Schlappe fast ganz ausgeglichen und ist die Arbeitsmarktlage der Kartonnagenindustrie als gut zu bezeichnen.

Die Arbeitsmarktlage im Buchbindergewerbe hat sich ruhig und stetig entwickelt und ist ebenfalls als gut zu bezeichnen. Das Buchdruckgewerbe hatte am meisten unter der zum direkten Notstand ausgearbeiteten Papiernot zu leiden. Auch die rapide Erhöhung der Postgebühren trug dazu bei, daß die Entwicklung nicht so fortgeschritten konnte wie unter normalen Verhältnissen. Der niedrigste Stand der Erwerbslosigkeit war Anfang Dezember zu verzeichnen.

Die Arbeitsmarktlage am Schluß des Berichtsjahres hat es mittel zu gelten. In bezug auf das Hilfsarbeiterpersonal sowohl im Buch- wie im Steindruck hielt es oftmals schwer, den Bedarf zu decken.

Ein großes Hemmnis der Vermittlung bildete die Verteuerung der Fahrgelegenheiten. Die Befetzung der offenen Stellen für jugendliche Personen, welche niederen Tariflohn haben, könnte vielfach schneller vor sich gehen, wenn nicht nur Leute geschickt werden müßten, die in einer zu Fuß erreichbaren Nähe wohnen. Auch arbeitssuchende Spezialarbeiter scheuen sich, einen ansehnlichen Teil ihres Verdienstes für Fahrgeld auszugeben.

Vermittlungsergebnis 1921/22: Arbeitsuchende: männliche 1953, weibliche 3380, zusammen 5333; offene Stellen: männliche 1398, weibliche 3588, zusammen 4986; besetzte Stellen: männliche 1384, weibliche 3471, zusammen 4855.

Dresden. Zur Berichterstattung über den Verbandstag war für den 30. Mai eine Mitgliederversammlung einberufen. Der Besuch entsprach leider keineswegs der Wichtigkeit der Tagesordnung. Während bei Berichten über Lohnverhandlungen der Saal bis ins letzte Eckchen gefüllt ist, waren diesmal die Reihen sehr dünn besetzt. Die Kollegen Scheibe, Kohl, Hatwig, Menzer, Bortert und die Kollegin Matejka hatten sich in die Berichterstattung geteilt. Scheibe berichtete über den allgemeinen Verlauf und die Vorstandsberichte sowie über Lohn- und Tarifbewegungen. Kohl referierte über die Beitrags- und Unterstützungsfragen. Menzer gab eine Uebersicht über die Behandlung der vorliegenden Anträge. Ueber die Stellungnahme zum Industrierverband, die internationalen Beziehungen usw. berichtete Hatwig, während Bortert die Jugendfrage und die Kollegin Matejka die Frauenfragen behandelte. Sämtliche Redner bemühten sich, eine sachliche Uebersicht zu der Haltung des Verbandstages in den einzelnen Fragen zu geben. Die Diskussion war wenig ergebnisreich. Vor allem bemängelte man die Beibehaltung der Kranken-, sowie Umzugs- und Hinterbliebenenunterstützung. Man hätte lieber den Ausbau zu einer reinen Kampforganisation gesehen. Die Erhöhung der Streikunterstützung hielt man für ungenügend. Gegen die neuen Beitragsätze wandte sich niemand. Nur eine Kollegin fand die Beiträge für die Weiblichen zu hoch und bewachte sich, daß besonders die älteren Kolleginnen bei den Tarifabschlüssen zu kurz kämen. Kohl machte noch Mitteilung, daß die Ortsverwaltung einstimmig beschlossen habe, den Lokalbeitrag in der 4. und 5. Klasse auf 4 M., in der 1. bis 3. Klasse auf 2 M. zu erhöhen. Die Abstimmung darüber soll in der nächsten Versammlung erfolgen. Scheibe richtete die Aufforderung an die Versammelten, alle Kräfte daran zu setzen, die Beschlüsse des Verbandstages in die Tat umzusetzen und alles Trennende zurückzustellen.

Mainz. Am 22. Mai fand eine Versammlung statt, in der Kollege Imhof-Berlin über: „Die wichtigsten Beschlüsse unseres Verbandstages und unsere künftigen Aufgaben“ referierte.

Imhof verstand in einem kurzen, aber vortrefflichen Referat, das zu berichten, was die Kollegen-schaft am meisten interessierte. Er führte zur Zufriedenheit der Anwesenden aus, daß sich die Delegierten diesmal vorgekommen hätten, praktische Arbeit zu leisten. Um den künftigen Arbeiten gewachsen zu sein, mahnte Imhof, mehr Interesse für unsere Sache zu zeigen. Besonders appellierte er an die weibliche Kollegen-schaft. Reicher Beifall lohnte seine trefflichen Ausführungen. In der Diskussion, an der sich Kolll. Seih, Klippel und Limberger beteiligten, kam zum Ausdruck, daß alle mit den Arbeiten des Verbandstages einverstanden sind.

UNSERE JUGEND

An die arbeitende Jugend aller Länder!

Ramenloses Elend haben die vereinigten Nationalisten, Militaristen und Imperialisten aller Länder durch den Weltkrieg der arbeitenden Menschheit bereitet. Vermehrt und grenzenlos gesteigert werden die Leiden der arbeitenden Klasse durch eine schamlose Ausbeutung dieser Notlage durch die kapitalistischen Machthaber.

Unter diesen Zuständen leidet die arbeitende Jugend am schwersten. Ihre schwachen Kräfte sind schutzlos der Ausbeutung preisgegeben. Zum Protest gegen diese Ausbeutung rufen wir die gesamte arbeitende Jugend aller Länder auf, in allen Orten

den Internationalen Jugendtag am 24. und 25. Juni

zu machtvollen Kundgebungen auszugestalten.

Gerade zur Zeit der Sommerjonnennende, die die Nationalisten in manchen Ländern zum Anlaß nehmen, für ihre verhängnisvollen, völkerverhetzenden Ziele zu demonstrieren, muß der Ruf des völkerverföhnenden Sozialismus weithin erschallen.

Damit wird die Kundgebung auch zu einem flam-menden Protest gegen den völkerverderbenden Militarismus.

In der Erkenntnis, daß unter der kapitalistischen Wirtschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, ihre Forderungen nicht erfüllt werden können, bekennst sich die proletarische Jugend an diesem Tage erneut zum internationalen Klassenkampf gegen die Ausbeutung und erhebt ihre Forderungen:

Mehr Recht!

Ausreichenden Schutz für die arbeitende Jugend!

Völkerverfrieden!

Jugendgenossinnen und Jugendgenossen! Zeigt durch Massenbeteiligung euren entschlossenen Willen, mit uns für diese Forderungen zu kämpfen.

Hoch die internationale Solidarität der arbeitenden Jugend!

Arbeiter-Jugend-International.

Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen.

Du sollst ein Kämpfer sein.

Im alten Athen bestand ein Gesetz, das jeden Zwang, bei einem Aufstande Partei zu nehmen. Man wollte Klarheit, Ehrlichkeit, Offenheit. Für oder wider. Keine Unzuverlässigen, Lauen, Halben, auf die kein Verlaß war.

Auch heute sollte es nichts anderes geben. Aber wieviel Träge und Lauge gibt es heute noch, Menschen, die zufrieden sind, weil sie ihren Lohn haben und weil ihrer anspruchlosen Seele das genügt. Daß andere noch leiden, wissen sie nicht. Daß leben überhaupt mehr ist als Magenbefriedigung, das ahnen sie nur dumpf.

Es gilt, diese Lauen und Trägen aus dem Schlafe zu wecken. Sie sind das Blei, das der drängenden Arbeiterkraft an den Fersen hängt. Diese Lauen, die sich Proletarier nennen, ohne es zu sein. Denn Proletarier sein heißt: Kämpfer sein. Das soll historische Bedeutung bleiben, daß die Arbeiterkraft in diesem Beginn der neuen Weltperiode der Kämpfer war.

Und darum heran an die Trägen, auch wenn sie äußerlich schon in den eigenen Reihen sind. Großes ward stets nur, wenn eine begeisterte Seele es erstrebte. Nur Begeisterung für unser Ziel hat Siegerkraft.

Begeisterung aber ist nicht möglich, wenn der volle Magen als das Ideal angesehen wird. Du sollst Mensch sein! Das ist der Gedanke unseres Kampfes. Du sollst frei sein! Persönlichkeit sollst du sein, Persönlichkeit in einer freien Bruderwelt. Und dieses höchste Ziel wird nur errungen, wenn jeder ein Kämpfer ist.

Alkoholfreie Jugenderziehung.

Unser Glaube an die Zukunft stützt sich auf unsere Jugend. Der Eringung eines menschlichen Daseins für sie gilt heute unser Kämpfen und Wirken. Dieser gute Wille aber bedarf der Leitung durch die richtige Einsicht. Nur die Kenntnis des Wesens und der Lebensnotwendigkeiten der Jugend ermöglicht die Wahl der richtigen Mittel zur Schaffung der Bedingungen, die ihr Leben gestalten sollen.

Das Wichtigste ist Gesundheit, Gleichgewicht der körperlichen und seelischen Kräfte, das volle Lebensentfaltung, höchste Leistungsfähigkeit und reine Lebensfreude gewährleistet. Wesentliche Voraussetzung dazu ist die Fernhaltung aller vermeidbaren Schädlichkeiten, die das Gleichgewicht stören. Diese Gefahr ist um so dringlicher, je mehr aus anderen Gründen die Entwicklung gehemmt und gefährdet ist, je verbreiteter und eingewurzelter solche Schädlichkeiten sind. Keine aber ist es mehr als der Alkohol.

Schädigt der Alkohol leben, der ihm zufrüht, so leidet doch der junge Mensch, der zur Geschlechtsreife erwacht, besonders schwer unter seinen Einwirkungen. Der in der Entwicklung stehende Körper, das reizbare Nervengewebe, der ungefestigte Geist und Wille bieten einem Gift besonders geringen Widerstand, das die körperliche Entwicklung hemmt und das Seelenleben durch Ausschaltung der wichtigsten Gegengewichte gegen ungezügelltes Triebleben gefährdet. Daher hat sich auch die Einsicht in die Notwendigkeit der Fernhaltung der Jugend vom Alkoholenuss in immer stärkerem Maße Bahn gebrochen. Alle alkoholgegen-erischen Vereinigungen wenden ihr besonderes Augenmerk der Jugend zu, und die Vertreter der Schule wie der Jugendpflege erkennen immer mehr die Bedeutung dieser Aufgabe. Durch das Zusammenwirken dieser beiden Arbeitsrichtungen konnte schon Ende März 1913 in Berlin ein stark besuchter Kongress für alkoholfreie Jugenderziehung abgehalten werden.

Furchtbare Tatsachen wurden da berichtet. Nur ein Sechstel bis ein Fünftel der Schulkinder war von regelmäßigen Alkoholenuss frei. In Nordhausen wurden sechsjährige Schulkinder befragt, von denen 133 öfter Bier, 119 öfter Schnaps tranken. 72 gaben an, schon einmal betrunken gewesen zu sein. Manche tranken zu ihrem Brot morgens lediglich Schnaps. Von 53 Schülern einer Klasse gingen 28 Sonntags bis spät nachts in die Wirtschaften. Bei Zehntausenden von Kindern in den verschiedensten Teilen Deutschlands waren die Ergebnisse ähnlich.

Die Wirkungen sind: Wachstumsstörungen, gesundheitliche Störungen, geistige und sittliche Verkümmern. Die Leistungen der alkoholfrei erzogenen Schulkinder sind doppelt und dreifach so gut als die der Kinder, die häufig Alkohol trinten. Wegen krankhafter Zustände standen in Berlin — ohne Vor-orte — im Jahre 1912 48 332 Kinder — das ist jedes fünfte Kind — unter schulärztlicher Ueberwachung. Wie soll ein solches Geschlecht noch die Schädigungen des Alkoholenusses ertragen!

Seitdem hat der Krieg vorübergehend ge-zunahmermaßen den Alkoholenuss stark einge-dämmt. Aber die letzten Jahre zeigen bereits wieder eine erschreckende Zunahme. Sind doch nach be-scheidenen Schätzungen im letzten Jahre in Deutsch-land mindestens 20 Milliarden Mark für alkoholische Getränke ausgegeben worden. Dazu kommen etwa 10 Milliarden für Tabak. Das alles in einer Zeit, in der die Millionen an Unterernährung leiden, in der das deutsche Volk die Almosen des Auslandes für seine hungernden Kinder in Anspruch nimmt! Millionen Tonnen Kartoffeln, Getreide, Zucker, Obst und Beeren werden verwendet nur zur Schaffung eines volks-schädlichen Genussmittels!

Aber die Gegenbewegung ist im Wachsen! In steigendem Maße nehmen Sozialpolitik, Schule und die Arbeiterkraft selbst Stellung gegen den Alkoholenuss der Jugend, der ihre Entwicklung hemmt, die geschlechtliche Ueberreizung fördert und zu Straftaten führt. Nach der Feststellung eines Berliner Gefängnisarztes waren sämtliche jugendliche Mörder vorher als Regeljungen tätig und so in besonders

hohem Maße den Gefahren des Alkohols ausgesetzt. Den schärfsten Kampf gegen den Alkohol nimmt aber die fröhlich erstarrende Jugendbewegung auf. Neben traurigen Bildern sehen wir also glücklicherweise auch einen kräftigen geistigen Aufschwung, der sich in grundsätzlicher Ablehnung aller Betäubungs- und Reiz-mittel äußert. Möge dieser Arbeit ein voller Erfolg beschieden sein, der dazu führt, unseren schwer ringenden Volkstörper von einem seiner gefährlichsten Feinde zu befreien.

Volkswirtschaftlicher Unfug!*)

Gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien bewilligte der deutsche Reichstag Ende Februar wieder 2,5 Milliarden zur Verbilligung von Auslands-mais. Tausende Tonnen des so verbilligten Maises versinken im immer größer werdenden deutschen Schnapsmeer, während das Brot immer teurer wird. Schnapsstreifen wuchern an allen Ecken hoch, aber ein vegetarisches Restaurant nach dem anderen, jene für viele so unentbehrliche Gelegenheit zu menschenwürdigem Essen, gehen ein. Der Brotpreis steigt, der Zucker wird teurer, die Rohstoffe werden erhöht, die Mehlsteuer soll bezahlet werden — die Zigarettensteuer aber ist mit Wirkung vom 15. März ab um 20 Prozent ermäßigt worden! Deutschland vergebet, verbraucht und verkauft jedes Jahr 40 bis 50 Milliarden. Importiert unter dem Hohngeklächer des Auslandes für Milliarden und aber Milliarden teure Spirituosen; deutsche Kinder aber lassen diese „Patrioten“ durch alkoholgemerische Quäker vom Hungertod retten. Die Schnapsfabrik Kahlsbaum-Alttingesellschaft läßt man ruhig 26 (im Verlaufe 25) Prozent Dividende verteilen, die Schultheiß-Pagenhofer-Brauerei 20 Prozent (gegen 12 im Vorjahr) — das Branntweinmonopol samt Bier-, Wein- und Branntweinsteuer bringen nur 3,3 Milliarden Einnahmen für die Reichsfinanzen, während alleine die Umsatz- und Einkommensteuer 47 Milliarden einbringen! Wir fordern sozial-ethische Lebensführung, womit wir selber beispielhaft voran-gehen wollen. Wir verlangen aber auch, daß all jenem volkswirtschaftlichen Unfug ein Ende gemacht wird, fordern für die junge Republik eine Steuergesetzgebung, die den Konsum im Sinne unserer sozial-ethischen Lebensführung regelt, den Luxuskonsum ein-dämmt und womöglich ersicht, damit wir nicht weiter — namentlich in puncto Alkohol — ein Ge-spött fürs Ausland bleiben, das mit gutem Grund seinen Alkoholenuss immer höher besteuert oder — wie Amerika — ihn einfach verbietet.

Lehrlingshöllent.

Unter diesem Titel veröffentlicht der deutsche Musterverband eine kleine Broschüre über die scan-dalöse Bekehrungsausbeutung im Musterberuf durch die sogenannten Stadtpeiserien. In Schänke werden bei 2 Gehilfen 8 Bekehrlinge beschäftigt und in Friesland i. M. sogar bei 1 Gehilfen 17 Bekehrlinge. Die tägliche Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 12 Stunden. Vier bis fünf Bekehrlinge schlafen und wohnen in einer engen Stube, und während die einen nach ange-strengter Nacharbeit in staubigen und rauchgeschwän-gerten Länglichen Schlaf fuchen, üben die anderen auf ihren Instrumenten. Am der Uebermüdung dieser jungen Sklaven zu begegnen, wird reichlich von dem durch die Gewerbeordnung leider noch erlaubten Züch-tigungsrecht des „Lehrherrn“ Gebrauch gemacht. So bediente sich z. B. einer dieser „Lehrherrn“ aus Pom-mern dabei eines mit Drabt umwickelten Stodes. Aus Barth in Pommern wird berichtet, daß ein Bekehr-ling, der, nachdem er von morgens 8 bis abends 11½ Uhr musizieren mußte, am nächsten Morgen zu spät zum Dienst antrat, dafür vom Lehrherrn und dessen Frau derart verprügelt wurde, daß der Arzt dicke Striemen und Hautabschürfungen auf Armen und Körper fest-stellte. Nachdem der Bekehrling mit Einwilligung des Vaters die Lehre verlassen hatte, ließ ihn der Lehr-her durch die Polizei zurückholen und diese steckte ihn zunächst wegen unbedingten Verlassens der Lehre drei Tage ins Gefängnis.

Es wird die höchste Zeit, daß die veralteten Be-stimmungen der Gewerbeordnung aufgehoben und ein ausgebehtes Z u g e n d s c h u t z g e s e z geschaffen wird, an der die Gewerkschaften berufen sind, mitzu-wirken, damit sich derartige Zustände nicht wieder-holen. Et.

*) Aus „Junge Menschen“, Verlag Hamburg, Johanneallee 54.

Internationales.

Bekanntmachung des Internationalen Sekretariats. Der belgische Bruderverband steht in Tarifbewegung und es werden aller Voraussicht nach sehr schwierige Verhandlungen erfolgen, da auch in Belgien die Unternehmer gegen die 48-Stunden-Woche und andere Errungenschaften der Arbeiterschaft vorgehen.

Der schweizerische Verband steht im Abwehrkampf gegen die Lohnabbauaktion einiger Vertragskontrahenten.

Der Zuzug nach beiden Ländern ist nur gestattet, wenn die betreffenden zureisenden Mitglieder im Besitz einer Bewilligung in bezug auf die Zureise des in Frage kommenden Verbandsvorstandes sind.

In Belgien betrifft es das ganze Buchbinder-gewerbe; in der Schweiz umfaßt die Bewegung die Lithographien, die Buchdruckereien, die Geschäftsbücherfabriken und die Kartonnagen- sowie die Etuisbranche in den Orten La Chaux-de-Fonds und Le Locle, besonders die Firma Schweizer u. Schoepf.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden nach Statut der betreffenden Organisationen bestraft.

Das Sekretariat der Internationalen Buchbinder-föderation.

Rundschau.

Genossenschaftsfragen auf dem Gewerkschaftskongress. Zum 11. Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands am 19. Juni in Leipzig sind von mehreren Seiten Anträge gestellt worden, die das genossenschaftliche Gebiet, besonders das in einigen Fragen zweckmäßig erscheinende Zusammenarbeiten von Genossenschaften und Gewerkschaften betreffen. Eine weitreichende Forderung geht vom Vorstand des Lithographenverbandes aus, nämlich die des Ausbaus der Genossenschaften in dem Sinne, daß sie bei größeren Wirtschaftskämpfen die Existenzsicherung der Arbeitermassen gewährleisten können. Damit kann nur gemeint sein, daß zunächst alle gewerkschaftlich organisierten Verbraucher auch Mitglieder der Konsumgenossenschaften werden müssen; jedoch das nicht allein, sondern daß sie mit aller ihnen zu Gebote stehenden Verbraucherkraft die Konsumvereine zu unerschütterlich starken Wirtschaftsorganisationen, zu kraftvollen Körpern einer aus dem kapitalistischen Zeitalter herauswachsenden Gemeinwirtschaft machen, die neben der Warenerzeugung und -verteilung auch noch soziale Lasten zu tragen vermögen. Anfänge solcher Art sind bereits mehrfach vorhanden. Das, was der Lithographenverband anstrebt, liegt in der Richtung des großen Ausbaus der Konsumvereine, die in manchen großen Konsumvereinen schon jetzt vorhanden sind, und die allen denjenigen genossenschaftlich organisierten Verbrauchern in allen denkbaren Notfällen als Existenzsicherung dienen, die solche sozialen Fonds geschaffen haben. Von nichts kommt nichts, kam auch in England nichts, als beim großen letzten Bergarbeiterstreik die Genossenschaften materielle Hilfe leisteten. Die gewerkschaftlich organisierten Genossenschaftsmitglieder haben es wirklich nötig in der Hand, die wirtschaftlichen Vorteile, die ihnen der Konsumverein bietet, in einen Wüchsch für Zeiten wirtschaftlicher Bedrängnis umzuwandeln. Eine weitere Forderung großzügiger, ständiger Propagierung des Genossenschaftsgedankens entspricht den Ergebnissen schon vor einiger Zeit geführten Verhandlungen der zuständigen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Instanzen. In mehreren Orten haben die Gewerkschaften der Metallarbeiter, der Buchdrucker und auch der Transportarbeiter die Anlage der Gewerkschaftsgebeide in Genossenschaftsbanken oder die Schaffung einer Gewerkschafts-Genossenschaftsbank gewünscht. Da die Erkenntnis nicht neu ist, daß es im Vorteil der Arbeiter liegt, wenn ihre Geldmittel nicht in privatkapitalistischen, sondern in gemeinwirtschaftlichen Unternehmen verwandt werden, so ist auch über diese Fragen in gemeinsamer Beratungen verhandelt, und es sind deren Schwierigkeiten gründlich erörtert worden. Die Angelegenheit der gewerkschaftlichen Warenversorgung, die vom Ortsauschuss einer thüringischen Stadt an den Gewerkschaftskongress nochmals herangebracht werden soll, ist, soweit es sich um die letzten Maßnahmen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes handelt, gleichfalls im Einverständnis mit den genossenschaftlichen Zentralen geregelt worden. So besteht also in allen diesen Dingen und in noch manchen weiteren die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Genossenschaften, wie denn auch bei den mehrfachen Aussprachen die Notwendigkeit des

Hand-in-Hand-Arbeitens und der weitgehenden Verständigung über die beide Teile angehenden Probleme anerkannt worden ist.

Die Preisbewegung im Großhandel. Die Indizes für die Großhandelspreise in den verschiedenen Ländern zeigen Ende März den interessantesten Umstand, daß sich in der letzten Zeit die Preise in den Vereinigten Staaten und England, wo der Preisanstieg 1921 der größte war, jetzt wieder erhöhen, bzw. in England stabil bleiben. Dies deutet auf den Umschwung der Konjunktur in diesen Ländern hin. In den Ländern, wo die Krise noch in voller Wucht andauert, wie in der Schweiz, in Schweden und Italien, gehen die Preise, wenn auch in einem langsamen Tempo, immer noch zurück. Die enormen Preissteigerungen in Deutschland kommen nicht von der Produktionsseite her, sondern sind Folgen der Geldentwertung.

Literarisches.

„Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk.“ Zum 60. Geburtstag Gerhart Hauptmanns wird im Juli d. J. der frühere preussische Kultusminister Konrad Haenisch im Verlage der Buchhandlung Vorwärts ein aus seinen unmittelbaren Erlebnissen herausgewachsenes Buch über den größten Dramatiker unserer Tage veröffentlicht. Die Seele der Dichtungen Gerhart Hauptmanns und vor allem ihre nachhaltige Wirkung auf das deutsche Volk kann nur der richtig erfassen, der wie Konrad Haenisch seit drei Jahrzehnten mitten im kulturellen Werdegang der Nation gestanden und selbst die neue Welt, deren hehrer Odem in den sozialen Schöpfungen des großen

Dramatikers atmet, mit nie ermüdendem Geiste gestaltet hat. In dieser Schrift von Haenisch offenbaren sich der bahnbrechende Genius Gerhart Hauptmanns und der mächtige Umgestaltungswille des schaffenden Volkes, der in der Politik in der naturalistischen Dichtkunst, in der Volksbühnenbewegung mit Elementarkraft zum Durchbruch gelangt. Für das Verständnis des sozialen Dichters Gerhart Hauptmann und der sozialkulturellen Bewegung des deutschen Volkes in den letzten Jahrzehnten ist das Studium der Schrift Konrad Haenischs unerlässlich.

„Rechtspflege.“ Erläuterungen zum Göttinger Programm. Von Gustav Radbruch. Berlin 1922. J. F. W. Dieck Radf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

„Der babylonisch-biblische Schöpfungsbericht und die Wissenschaft.“ Von Bruno Sommer. Berlin 1922. J. F. W. Dieck Radf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 6. Juni bei der Verbandskasse ein von:

Leer i. Distr. 3000.— M., Münster l. W. 1023.— M., Mainz 6800.— M., Saarbrücken 6000.— M., Schmalzkalden 121570 M., Weisenfels 900.— M., Weitzen 2500.— M., Zwidau 5000.— Mark.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Hensburg, Dülmen, Iserlohn, Kaiserlautern, Kirchheimbolanden, Göttha, Halle a. d. S., Ilmenau und Göttingen. Fr. Lender.

Zentral-Krankenkasse der Buchbinder Verwaltungsstelle Leipzig.

Mittwoch, den 21. Juni, abends 6 Uhr
Mitgliederversammlung
bei B. Weibman, Rathausstraße.
L.O.: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung, eventl. Stellung von Anträgen.
2. Aufstellung der Kandidaten d. Generalversammlung 3. Berichte und Beschlüsse.
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. Die Vertrauensleute werden gebeten, das Material auszusuchen und rechtzeitig zuzuführen zu lassen!

Buchbinderkleister, Kaltleim, Pflanzenleim, Knochen- und Lederleim
liefern preiswert
Mechler & Co.
G. m. b. H.
Mannheim
Industriealton.

Drahtecken-Nestmaschine
mit Fußbetrieb (Fabr. Bremer, Leipzig), neu, billig abzugeben.
R. Schliching
Eberfeld, Neust. 9.

Buchbinder
in Partiarbeit bewandert, s. baldmög. Eintritt gesucht. Angebote bitte zu richten an Herrn Trautmann, Bielefeld, Müllerslocherstr. 21

Selbst. Linierer
für Bürste- und Tronnm-Waschine in angenehmer Dauerleistung gesucht. Angebote unter N. V. 101 an die Expedition d. Zeitung.
Jüngerer, strebsamer
Buchbinder oder
Kartonnagenarbeiter
für Glasfabrik nach Thüringen als Zuschneider für sofort gesucht. Offerten erbeten unt. D. 11 a d. Exp. d. Ztg.

Etuisstecher
auf Bestelkosten gegen hohen Lohn gesucht.
J. Wagner & Co.
Bremen, Große Annenstraße 14/15.

Decken- und Fertigmacher sowie Presser, Vorrichter, Nachleher, Brochierer und Kleberinnen
steht ein
E. A. Enders, Großbuchbinderei
Leipzig.
Kallio, Högertuch, Wollektin, Schirting vorrätig.
D. A. Heinsdorf, Berlin C. 59, Rottbuser Damm 88
Fernsprecher: Rostigplatz 12309.

Grüne u. blaue Buchbinderschürzen
Größe 80/100 80/110 80/120
m. Band
ab. Netto) 80.— 87.— 95.—
Verkehrs-Zuppen
schwarz gemittelt
M. 180.—, 200.—
K. 120.—, 230.—
A. Weiss-Mäntel
in den besten Farben
M. 280.—, 320.—
Lieferer
A. C. Volz
Fabrikation u. Ver-
waltung.
Stuttgart, Volkstr. 77
Tel. 2355.
Verband Naam. Preise frei!

Dauerstellung
Wir suchen für unsere Buch-druckerei einen nicht unter 21 J. alten, selbständig arbeitenden Buchbinder, der hauptsächlich mit den in Buch-druckereien vorkommenden Be-
setzungen, also Papierarbeiten, Zeitmachern der Buchdrucker zum völlig vertraut ist, aber auch im Einbinden von Gesetzbüchern und dergl. Gutsecht. Mittelschleifen. Ausführl. Angebote mit Neuzugsabdrücken an die Geschäftsstelle d. Ztg. unter C. D. 26 erbeten.

Kartonnagen-arbeiterinnen
geübte, auf Reinkartonnagen (auch aus der Zigarettenbranche) finden lohnende Beschäftigung.
G. F. Cronc Söhne.
Hamburg, Grimm 9-10.

Buchbinder-Werkstatt
zu verkaufen.
Unter anderem: 1. Berg-goldperle, 1. Marie-Wobbel H. H. K. Druckerei 30 x 40 cm mit Vorderaufschlag, 1. Schichtema-schine, 1. Stahl-Mod. A. G. 10 cm Schnittlänge, 1. Sand-berich, 1. Pfeffer, 1. Pfeif-schale 50-60 cm (mit einer Anzahl Schriftzeuge, Bestel-lung auf Anfrage. An-fragen unter N. V. 370 an das Zentral-Vertrags-Bureau, Münster i. Westf.

Draht- und Fadenhesterinnen
für dauernde Stellung gesucht.
Buchbinderei
A. Crönlein, Stuttgart.

Papierhweiber
zuverlässiger, der gleich-zeitig die Kustcht über unsere Buch-binderei führen soll, gesucht.
Germania, Berlin,
Stralauer Straße 23.

Für meine Geschäftsbücher-fabrik suche ich einen
ersten Gehilfen,
der sich in ersten Däumern reiche Erfahrung in der
Sonder-Anfertigung von Geschäftsbüchern erworben hat und durchaus selbständig arbeitet, in dauernde angenehme Stellung.
Ang. unt. W. B. 40 a d. Ztg.

Kunstbuchbinderei
sucht für sofort oder später
geeignete Personlichkeit
für die technische Leitung. Neben hervorragenden Fachkenntnissen sind ausgeglichene Weltanschauung und Kenntnisse des Berechnungswesens unerlässliche Bedingungen. Ausführl. Angeb. mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche erbeten an
E. A. Enders, Großbuchbinderei, Leipzig.